Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 23. Juni 1921 · Nummer 287 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 8 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bezw. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8–9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Grubenunglück in Herne vor dem Reichstage

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde eine große Zahl von überaus wichtigen Beschlüssen gefaßt. Den Bericht darüber finden unsere Leser an anderer Stelle.

Von der weitaus größten Bedeutung aber war die plötzliche Debatte über das schwere Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis bei Herne und die Annahme des von der Unabhängigen Fraktion gestellten Antrages auf sofortige Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Zu Beginn der Sitzung, als die Regierung sich zur Beantwortung der Interpellation über das Grubenunglück in Herne zu Anfang der nächsten Woche bereit erklärte, hatte Genosse Ledebour bereits angeregt, den Antrag der Unabhängigen Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sofort zu verhandeln. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, geschah das auch, da niemand der Anwesenden widersprach, so daß auch hierdurch der Eindruck entstand, daß über die Notwendigkeit schleunigster unparteiischer Untersuchung des gräßlichen Unglücks keine Meinungsverschiedenheit bestände.

Doch diese Anschauung wurde herbe enttäuscht. Bei den bürgerlichen Parteien ist der Wille zur sofortigen restlosen Aufklärung des Unglücks und der Schaffung von Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Wiederkehr durchaus nicht in dem Maße vorhanden wie bei den sozialistischen Parteien. Das Grubenkapital mit seiner starken Macht steht als drohendes Gespenst hinter diesen Parteien.

Genosse Rosemann, einer der beiden in den Pausen des Reichstags in der Grube arbeitenden Bergarbeiter in der Unabhängigen Fraktion, begründete den Antrag und fand dabei die Unterstützung des Abg. Hué. Beide betonten, daß den Bergarbeitern die Gewißheit verschafft werden müsse, daß vom Reichstage alles getan wird, um eine Klärung des fürchterlichen Unglücks herbeizuführen. Hatte daraufhin bereits der „demokratische" Abgeordnete Gothein um die Zurückstellung des Antrages gebeten bis zur Behandlung der Interpellation, so lüftete der Zentrums„arbeiter" Imbusch noch deutlicher die Maske. Seine Rede war eine einzige Kette von Argumenten gegen die Einsetzung eines Ausschusses, obwohl er scheinheilig erklärte, auch er halte ihn für notwendig. Die Bergbehörden, deren fahrlässiges Verhalten bei früheren Unglücken der letzten Zeit durch die Verhandlungen des Landtags bereits einwandfrei bewiesen ist, fanden in ihm einen außerordentlich warmen Fürsprecher. Unzählige Warnungen vor einem „voreiligen Urteil" kamen aus seinem Munde. Das hinderte ihn aber nicht, kurz darauf mit einer demagogischen Gebärde die Behauptung in die Welt zu schleudern, daß in dem Teil der Zeche Mont Cenis, in dem das Unglück sich ereignet habe, ein Kommunist als Betriebsrat wirke. Natürlich konnte das, besonders da Imbusch auch vorher bereits betont hatte, daß die Bergarbeiter selber zum großen Teil schuld an den schlechten Betriebsverhältnissen der Zechen seien, nur den Eindruck hervorrufen, als wolle er nun ihm unbequeme politische Anschauungen für das Grubenunglück verantwortlich machen. Daß er dafür einige nicht gerade schmeichelhafte Zwischenrufe erntete, entsprach nur der ungeheuren Erregung, die das Auftreten dieses „Arbeitervertreters" erwecken mußte.

Hatte Imbusch schon den Sachverhalt verschoben, so tat das noch mehr der volksparteiliche Winnefeld, auch ein Bergarbeiter, dem für seine Rede der zwar nicht ganz parlamentarische, wohl aber ziemlich zutreffende Zwischenruf „Stinnesknecht" gemacht wurde. Auch er gefiel sich in einer Lobpreisung der Bergbehörden und in einer Anklage gegen die Arbeiter, obwohl doch weder von Rosemann noch von Hué die Frage der Schuld oder Nichtschuld behandelt worden war, sondern nur eine einwandfreie Untersuchung ohne Mitwirkung der Bergbehörden gefordert wurde, also vollkommen berechtigt verlangt wurde, daß die Mitwirkung derer, die unter Umständen als Schuldige in Frage kommen, bei der Untersuchung ausgeschaltet wird.

Es war also eine den bürgerlichen Parteien durchaus nicht angenehme Situation. Der unabhängige Antrag stellte sie vor die Entscheidung der Frage: für oder gegen die Bergarbeiter, für oder gegen das Grubenkapital, für oder gegen eine einwandfreie Untersuchung. Und sie suchten eifrig nach einem Ausweg, der sie der sofortigen Entscheidung enthob. In dieser Lage fanden sie in dem rechtssozialistischen Vizekanzler Bauer einen Helfer. Obwohl ihn als Mitglied der Regierung weder die Einsetzung des Ausschusses noch die Frage, ob diese Einsetzung sofort oder später beschlossen werden soll, etwas angeht, empfahl er Aussetzung der Beschlußfassung, womit die bürgerlichen Parteien natürlich sofort einverstanden waren. Ein Antrag auf Vertagung wurde eingebracht und fand die Unterstützung sämtlicher bürgerlicher Parteien.

Die Genossen Dittmann, Ledebour und Breitscheid erhoben gegen dieses Verfahren sofort Einspruch, da die Reichsverfassung ja ausdrücklich bestimme, daß auf das Verlangen eines Fünftels des Reichstages ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden müsse. Diese Bestimmungen können natürlich nicht durch die Geschäftsordnung außer Wirksamkeit gesetzt werden. Da inzwischen auch neben der unabhängigen und der kommunistischen Fraktion die rechtssozialistische Fraktion — entgegen Bauers Haltung — den unabhängigen Antrag unterstützte, erklärte der Präsident den Antrag für angenommen, weil drei Fraktionen mit 193 Abgeordneten die Einsetzung des Untersuchungsausschusses wünschten, somit die Voraussetzungen des Artikels 34 der Verfassung gegeben seien.

Nun werden die sozialistischen Mitglieder dieses Ausschusses die schwere Aufgabe durchführen müssen, nicht nur restlose Aufklärung in das Unglück auf Mont Cenis zu bringen, sondern auch die Maßnahmen anzugeben, durch die die Wiederkehr solcher Massenunglücke verhindert wird. Den Bergarbeitern aber ist auch diesmal der deutliche Beweis geliefert worden, daß sie in ihren schweren Gefahren von den bürgerlichen Parteien ebensowenig Hilfe zu erwarten haben, als von den in ihren Reihen sitzenden „Arbeitervertretern".

Außerachtlassung der bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften

Aus Bochum wird uns geschrieben: Kaum neun Wochen vergangen, wo eine Grubenexplosion auf der Nachbarzeche „Constantin der Große", Schacht 6 und 7, 19 Bergarbeiter dahingerafft hat, und schon wieder spielt sich ein Drama gleicher Art auf der Zeche Mont-Cenis, Schacht I/III, ab. War das Grubenunglück am 12. April 1921 auf der Zeche Constantin erschütternd, so stellt die Grubenexplosion auf der Zeche Mont Cenis am Montag, den 20. Juni, alle früheren Grubenkatastrophen, außer der auf der Zeche Radbod im Jahre 1907, wo 348 Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden sind, in den Schatten.

Auf der Zeche Mont Cenis fanden in den früheren Jahren massenhaft, jedoch kleinere Explosionen statt. Erst in den letzten Jahren hatten die Explosionen nachgelassen. **Von 1875 bis zum Jahre 1908 fanden nicht weniger wie 34 Explosionen auf Mont Cenis statt,** durch die 6 Bergarbeiter getötet und 63 verletzt wurden. Schon heute lassen sich die Ursachen, die zu dieser furchtbaren Katastrophe geführt haben, übersehen. Die Zeche Mont Cenis baut die Fettkohlenflöze Gustav, Gretchen und Mathias ab. Diese Flöze entwickeln **sehr viel Kohlenstaub,** der bekanntlich, wenn er durch Schlagwetter oder durch Sprengschüsse zur Explosion gebracht wird, Feuersbrünste von unheimlicher Gewalt entzündet und Katastrophen anrichtet, wie sie auf den Zechen Radbod, Lothringen, Constantin und jetzt auf Mont-Cenis eingetreten sind.

Auf der Zeche Mont Cenis hat **eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion** stattgefunden. Auch eine sehr schwache Schlagwetterexplosion kann den gefährlichen Kohlenstaub zur Entzündung bringen, und je nach Quantum des Kohlenstaubs bildet sich die Größe und Schwere der Explosion. **Auf der Zeche Mont Cenis lagerte sich der Kohlenstaub massenhaft auf.** Der wirksamsten Bekämpfung und der Unschädlichmachung des gefährlichen Kohlenstaubes, der Wasserberieselung, hat die Verwaltung der Zeche Mont Cenis nur **geringe Beachtung** geschenkt. **Angeblich existierte für sie die bergpolizeiliche Vorschrift nicht.** Die Bergbehörde, ob sie die Grube befahren hat oder nicht — wir nehmen an, daß sie die Zeche Mont Cenis kontrolliert hat —, **sah den Kohlenstaub nicht.** Hätte sie den Kohlenstaub bei der Befahrung gesehen, so hätte sie auch für die Bekämpfung dieser Gefahr Maßnahmen treffen müssen.

Es wurde also von den geschulten Bergrevierbeamten nichts bemerkt. Plötzlich die erschütternde Nachricht: Auf der Zeche Mont Cenis großes Grubenunglück ... Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion ... man spricht von **130 Toten und 70 Schwerverletzten** ... Rettungsmannschaften haben Brände in der Grube und große Koksablagerungen festgestellt ... Also Kokskokerei unten in der Grube auf der Zeche Mont Cenis, die Bergarbeiter wurden zugleich mitverkokt. Die Feder sträubt sich, darüber zu schreiben! Ueber diese fürchterlichen Verstümmelungen der vollständig verkohlten, aus der unterirdischen Kokskokerei zutage gebrachten Bergknappen, die zerschmetterten Glieder in Lumpen gehüllt.

Diese Toten klagen die Zechenverwaltung und die Bergbehörde, das kapitalistische System an. Der Anklage, die die Toten gegen die Zechenverwaltung und die Aufsichtsbehörde erheben, **schließen sich die Lebenden an.** Sie werden gemeinsam die Klage gegen das kapitalistische System führen und gegen die, die, pflichtvergessen, nicht zu sehen und nicht zu hören vermögen. Sie werden sie zur Rechenschaft ziehen. Schon lesen wir die Berichte, ja sogar amtliche Berichte über **Verkettung verschiedener Umstände,** die dieses gräßliche Unglück verschuldet haben. Daß die Zechenverwaltung und Bergbehörde durch die Außerachtlassung der bergpolizeilichen Vorschriften den Nährboden für dieses Unglück geschaffen haben, werden wir in dem amtlichen Bericht nicht zu lesen bekommen. —

Nach den letzten Grubenexplosionen, Constantin und auch jetzt Mont Cenis, die auf die **Außerachtlassung der bergpolizeilichen Vorschriften** zurückzuführen sind, wird zu prüfen sein, inwieweit die staatliche Bergbehörde heute ihre Pflicht den Zechen gegenüber getan hat und ob es nicht an der Zeit ist, eine gründliche Umwälzung auch hier vorzunehmen. Wird hier keine baldige Aenderung vorgenommen, so werden sich die Grubenkatastrophen wiederholen, da die Mißstände, statt sie zu beseitigen, übersehen und geduldet werden. Dieses liegt im kapitalistischen Ausbeutungssystem begründet. Es ist auch ernstlich zu erwägen, ob die heutigen Betriebsräte, die bekanntlich durch das Arbeitsverhältnis an die Werke gebunden sind und somit **in ihrer wirksamen Tätigkeit beeinträchtigt werden,** genügen, um dem immer mehr und mehr konzentrierten und mächtigen Kapital standhalten zu können. Ob es nicht auch an der Zeit ist, nachdem die bergpolizeilichen Vorschriften fast auf allen Gebieten außer Kraft gesetzt worden sind — und zwar von den Bergbehörden selbst, wie auf der Zeche Constantin — die Frage der Arbeiterkontrolleure von neuem ernsthaft zu erwägen und sie im Bergbau an die Stelle der Bergbehörden zu setzen.

Die Toten klagen an, sie mahnen zur Einsicht und zur Beseitigung der faulen Zustände.

Sie sind schon eingetroffen

Berlin, 22. Juni.

Der amtliche preußische Pressedienst meldet: Zur **Untersuchung der Ursache des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis** sind der Ober-Berghauptmann und die zuständigen Dezernenten aus dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe heute morgen in Herne eingetroffen. Der Handelsminister begibt sich heute abend ebenfalls dorthin, um sich über den Stand der Untersuchung zu unterrichten. Der Minister hat den Betriebsrat der Zeche Mont Cenis telegraphisch gebeten, den Angehörigen der getöteten Bergleute, den Verletzten und der Belegschaft das tiefste Mitgefühl der preußischen Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Das neue Lohnsteuergesetz

Dem Reichstage ist gestern der Entwurf des Lohnsteuergesetzes zugegangen. In der heutigen Sitzung steht die erste Lesung auf der Tagesordnung. Der Entwurf wird vermutlich sofort einem Ausschuß überwiesen werden, da ein dringendes Bedürfnis nach einer so schnellen Beratung besteht, daß das Gesetz noch vor der Vertagung des Reichstages beschlossen werden kann.

Der Entwurf der Regierung beruht auf dem Grundgedanken — dessen Verwirklichung seinerzeit bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz von allen Seiten gefordert wurde —, daß der jetzt geltende Lohnabzug so zu gestalten ist, daß er die endgültige Einkommensteuer darstellt und dadurch eine nachträgliche Veranlagung mit Nachforderung oder Herauszahlung überflüssig wird. Da es sich also lediglich um eine vereinfachte Besteuerung des Arbeitseinkommens handelt, hat die Regierung von einem besonderen Gesetz abgesehen und schlägt nur neue Vorschriften vor, die an die Stelle der jetzt geltenden §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes treten sollen.

Der vereinfachten Einkommensteuer sollen nur die Personen unterworfen werden, die einem einheitlichen Steuersatz unterliegen. Da der Einheitssatz des Tarifs (10 v. H.) bis zu Einkommen von 24 000 M. geht, sollen diese neuen Bestimmungen nur bei einem Gesamteinkommen von 24 000 Mark Anwendung finden, während die Einkommensteuerpflichtigen mit größerem Einkommen zwar auch dem Steuerabzug unterliegen, der aber für sie nicht die endgültige Steuerleistung darstellt, sondern nur eine Abschlagszahlung.

Um zu erreichen, daß Lohnabzug und endgültige Steuerleistung zusammenfallen, soll nach dem Entwurf die Steuerleistung, die an sich 10 v. H. des Bruttolohnes beträgt, um gewisse Beträge gekürzt werden. Das sind: 1. die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und seine zu dem Haushalt zählende Ehefrau um je 120 Mark jährlich, 2. für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind um 180 Mark jährlich und 3. — diese Bestimmung ist neu — um 180 Mark für die sogenannten Werbungskosten.

Die Festsetzung des für Werbungskosten abziehbaren Betrages von 180 Mark entspricht zwar den Ankündigungen des Reichsfinanzministers, ist aber, wie wir seinerzeit bereits betonten, durchaus unzureichend. In einer sehr großen Zahl von Fällen gehen die Werbungskosten weit über den Betrag von 1800 Mark, also einem Abzug an der Steuer von 180 Mark, hinaus. Das ist insbesondere der Fall in den Großstädten, in denen allein die Fahrtkosten für die Beförderung zwischen Arbeits- und Wohnstätte im Durchschnitt 600 Mark betragen. Zieht man ferner in Betracht, daß das Einkommensteuergesetz allein für Lebensversicherung einen Abzug von 1000 Mark gestattet, so würden bei dieser Regelung nur 200 Mark für alle übrigen Werbungskosten in Betracht kommen. Das ist natürlich vollkommen unzureichend und würde nur dazu führen, daß der mit der Lohnsteuer verbundene Zweck, die Veranlagung überflüssig zu machen, den Finanzämtern die Arbeit zu ersparen, nicht erreicht wird. Eine Erhöhung dieses Betrages bzw. die Abstufung in Rücksicht auf die eine immer größere Rolle spielenden Fahrkosten erscheint uns deshalb dringend erforderlich.

Noch schwerere Bedenken muß die Bestimmung des Entwurfs hervorrufen, daß das Recht zur nachträglichen Ver-

anlagung nur dann gegeben werden soll, wenn die Werbungskosten über 2700 Mark hinausgehen. Das bedeutet, daß alle diejenigen, bei denen die Werbungskosten zwischen 1800 und 2700 Mark betragen, nicht, wie das Gesetz es zuläßt, die Werbungskosten in vollem Umfange ansetzen können, sondern nur zu einem Teil. Im ungünstigsten Falle würde dadurch den davon Betroffenen eine Steuervergünstigung von 90 Mark entgehen. Das ist eine völlig unmögliche Bestimmung, die, wenn sie bleiben würde, eine Quelle tiefer Unzufriedenheit und dauernder Erregung bei den Lohn- und Gehaltsempfängern bilden müßte. Verschärft sie doch die Benachteiligung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuerleistung herangezogen werden, gegenüber anderen Einkommensteuerpflichtigen noch weiterhin.

Eine ähnlich unglückliche Bestimmung scheint uns die über die nichtständig beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger zu sein, obwohl doch diese Schichten insbesondere bei den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen die am meisten Schutzbedürftigen darstellen. Um zu hohe Abzüge zu vermeiden, schlägt der Gesetzentwurf eine feste Ermäßigung von 3 Prozent des Arbeitslohnes vor. Ein Satz, der die sonst im Gesetz vorgesehene Ermäßigung nicht erreicht und besonders in den Fällen ungewöhnliche Härten hinterläßt, in denen der nichtständig Beschäftigte nur einige Tage in der Woche, im Monat oder im Jahr arbeitet. Auch diese Bestimmung muß deshalb geändert werden.

Eine große Enttäuschung wird der Entwurf aber hervorrufen, weil er an der für die Lohn- und Gehaltsempfänger wichtigsten Frage vorbeigeht, nämlich an der Frage, was mit den im vergangenen Steuerjahr zuviel gezahlten Beträgen geschehen wird. Viele Steuerpflichtige, die dem Lohnabzug unterliegen, haben, insbesondere, wenn sie eine große Familie besitzen, im vergangenen Jahr zuviel Steuern gezahlt. Obwohl sie bereits jetzt seit Monaten ihre Veranlagung abgegeben haben, gibt es für sie — selbst bei großer Notlage — keine Möglichkeit, die zuviel gezahlten Beträge herauszubekommen. Hier muß unter allen Umständen eine Bestimmung geschaffen werden, die dem abhilft.

Mit aller Entschiedenheit möchten wir uns ferner gegen die Bestimmung wenden, die vorsieht, daß der in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes vorschriftsmäßig einbehaltene Steuerbetrag die auf diese Zeit entfallene endgültige Einkommensteuer darstellen soll. Das würde nämlich bedeuten, daß für diese Zeit für die Gehaltsempfänger unter 24 000 Mark Einkommen überhaupt keine Werbungskosten abgezogen werden können. Die Bestimmung steht also in vollkommenem Widerspruch mit dem Einkommensteuergesetz und ist eine Härte, die den Festbesoldeten um so unverständlicher bleiben wird, als die Gesetzgebung anderen Bevölkerungsschichten gegenüber durch Anpassung der Bestimmungen an ihre Bedürfnisse nicht nur alle Härten zu vermeiden sucht, sondern große Vorteile gewährt.

Es wird also im Steuerausschuß des Reichstages einer harten Arbeit bedürfen, um dem Gesetzentwurf den Inhalt zu geben, den er im Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger haben muß.

Wirtschaftsleben und Arbeitslosigkeit

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft standen am Mittwoch eine Reihe auf die Erwerbslosenfürsorge bezügliche Anträge auf der Tagesordnung. — Staatssekretär **Hirsch** (Reichswirtschaftsministerium): Die Arbeitslosenzahl betrug im August 1920: 400 000, im September 350 000, am 1. März 1921: 429 000, am 1. April 416 000, am 1. Mai 400 000 und am 1. Juni 360 000. **Die Krisis scheint im Frühjahr ihren tiefsten Stand erreicht zu haben.** Für die Ansicht, daß der Tiefpunkt der Weltkonjunktur schon überwunden ist, spricht ein jetzt bemerkbares Wiederanziehen mancher Weltmarktpreise und Frachten des freien Marktes. Der Redner bringt dann diese Ziffer in Zusammenhang mit dem Weltarbeitsmarkt und dessen Beeinflussung durch Ultimatum, Reparationen, Ein- und Ausfuhr. Die überflüssige Einfuhr an Luxusartikeln durch das neu aufgerissene Loch im Westen schädigt die deutsche Wirtschaft und liegt weder im Interesse der Bevölkerung der besetzten Gebiete, noch der Entente, noch der Reparation, da dadurch Devisen genommen werden, die von uns für die Reparation verlangt werden. Die Wiederherstellung geordneter Zustände im Westen ist eine unerläßliche Vorbedingung für die Erfüllung des Ultimatums. **Auf dem Innenmarkt ist eine gewisse Wiederbelebung festzustellen.** Die Verhältnisse der Eisenindustrie werden erschwert durch die Konkurrenz des Auslandes. Der Baumarkt ist durch die erteilten Zuschüsse gefördert worden. Die Kohlenförderung zeigt bis Frühjahr einen erfreulichen Aufstieg. **Rund 220 000 Arbeiter sind von Mitte 1919 bis Ende 1920 dem Bergmannsberuf neu beigetreten.** Der Umgruppierung der deutschen Arbeiter steht in diesem Maße wohl in keinem anderen Lande der Welt ein analoges Beispiel gegenüber. Die Förderung betrug im Sommer 1919 gegen 9 Millionen Tonnen und erreichte im Januar/Februar 1921 12 Millionen Tonnen Steinkohle. Seit Wegfall der Ueberschichten im März und wegen der oberschlesischen Verhältnisse ist eine bedenkliche Verschlechterung eingetreten. Einen Ersatz bietet die Braunkohle, welche stärker gefördert wird als im Frieden, wo fast drei Millionen Tonnen weniger gefördert wurden. Daß die Entente uns die besten Kohlensorten abverlangt, schafft unserer Industrie Schwierigkeiten. **Für die Weiterentwicklung wirken günstig die vermehrten Sachleistungen, mit welchen man den größeren Teil der festen Jahreszahlung für Reparation abtragen zu können hofft.** Ungünstig wirken die Belastungen des Ultimatums auf den inneren Arbeitsmarkt, z. B. die Annäherung des Kohlenpreises an den Weltmarktpreis und eine entsprechende Einstellung auch anderer Preisgebiete. Die Industrie wird sich den neuen Verhältnissen anpassen müssen, dadurch wird aber mancher minderleistungsfähige Betrieb ausscheiden müssen. **Für die Organisierung des Arbeitsmarktes ist Kurzarbeit nur vorübergehend anwendbar.** Der Umgruppierung der städtischen Bevölkerung aufs Land stehe ich skeptisch gegenüber. Zur Verbesserung unseres Produktionsapparates gehört auch die Verbesserung der Verkehrswege und Nutzbarmachung der Wasserkräfte für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft.

Oberregierungsrat **Dr. Schmidt:** Die Reichsregierung hat der Förderung des Wohnungsbaues ein besonderes Augenmerk zugewandt. Es sind bereits 1,5 Milliarden Reichsvorschüsse bereitgestellt worden. Für Bergmannswohnungen sind ebenfalls 1,5 Milliarden vorschußweise zur Verfügung gestellt. Eine weitere Belebung des Wohnungsbaues ist durch die Befreiung der hierfür gegebenen Beträge von der Einkommensteuer zu erwarten. Alle für Kleinwohnungen gegebenen Beträge einschließlich solcher für Baugenossenschaften usw. sind von der Einkommensteuer in vollem Umfange befreit. Auch das Reichsmietengesetz wird eine Belebung des Baumarktes mit sich bringen. **Eine Anfrage bei etwa 90 deutschen Städten hat ergeben, daß Anfang Mai d. J. im Reich (ohne Berlin) 7560 beschäftigungslose gelernte Bauhandwerker** (einschließlich Maler, Zimmerleute, Gipser, Glaser, Ofensetzer, Bauschlosser usw.), **vorhanden waren, wozu noch 10 508 in Berlin kommen.** In den letzten Wochen sind diese Zahlen so rapid zurückgegangen, daß mit einer wesentlichen Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk außerhalb Berlins nicht mehr gerechnet werden kann.

Ministerialrat **Riehmer** (Reichsarbeitsministerium): Die Zahl der unterstützten voll Erwerbslosen ist im Mai um rund 40 000 gesunken und beträgt jetzt 356 000 (283 000 männliche). Gegenüber dem besten Monat von 1920 ist der Stand allerdings noch um 37 000 höher. — Ein Vertreter des Reichsamts für Arbeitsvermittlung stellte ebenfalls eine im allgemeinen befriedigende Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes fest. Auch die Lage in Groß-Berlin hat sich entsprechend der Gesamtlage im Reich günstiger gestaltet. Zurzeit empfangen in **Groß-Berlin 126 061 Personen eine Unterstützung gegen 131 156 Ende Mai.**

Der Kampf um die Zuckersteuer

Im **Steuerausschuß** des Reichstags wurde am Dienstag das Gesetz über die Verlängerung der **Kohlensteuer** angenommen, jedoch unter Streichung der Bestimmungen, die den Reichsfinanzminister berechtigen sollen, zum Ausgleich von Ermäßigungen für bestimmte Produktionsgebiete die Steuer für andere Produktionsgebiete entsprechend zu erhöhen.

Auf der Tagesordnung stand ferner das neue **Zuckersteuergesetz.** Der Abg. **Keil** (S. P. D.) bat um Absetzung des Entwurfs, da seine Partei nicht in der Lage sei, sich an der Beratung zu beteiligen. Sie fordere zuerst einen Gesamtplan über die Aufbringung der Lasten und könne nicht mit der Zuckersteuer einen Anfang machen. Die Zuckersteuer sei im gegenwärtigen Augenblick für seine Partei undiskutierbar. — Abg. **Rysel** (U. S. P.) erklärte, daß seine Partei der Zuckersteuer grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe. Im Gegensatz dazu wollten die **Deutschnationalen** und auch die **Demokraten** die Zuckersteuer sofort in Beratung nehmen. Auch der Vertreter der Regierung, Staatssekretär Zapf, bat darum. Demgegenüber wiesen die Abgeordneten Keil und Rysel noch einmal mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß dieser Versuch, dem Volke neue indirekte Steuern aufzuerlegen, ohne daß zuvor der Gesamtplan der Verteilung der Steuerlasten bekannt sei, für sie nicht in Frage kommen könne. Der Ausschuß setzte daraufhin die Beratung dieser Vorlage aus.

Selbstverständlich ist die deutschnationale Presse sofort bei der Hand, diese Stellungnahme der sozialistischen Parteien agitatorisch auszuschlachten. Deshalb sei von neuem darauf hingewiesen, daß **die Zuckersteuer die unsozialste Steuer ist, die man sich überhaupt nur denken kann.** Sie belastet die Aermeren ungeheuer und entzieht ihnen dadurch den Genuß dieses dringend notwendigen Nahrungsmittels. Daß die Deutschnationalen, wie aus den Erklärungen Helfferichs hervorging, so große Freunde der Zuckersteuer sind, ist außerordentlich kennzeichnend für ihr Bemühen, alle Lasten aus der Wiedergutmachung den Minderbemittelten aufzuerlegen und die Besitzenden möglichst zu schonen.

Die Justiz wird teurer, aber nicht besser

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Regierungsvorlage, welche eine Erhöhung der Gerichtsgebühren zum Ziel hat. Es war lediglich unser Vertreter, Genosse Dr. **Rosenfeld**, der einer Verteuerung der Gerichtsgebühren entgegentrat. Sämtliche bürgerliche Parteien und auch die Rechtssozialisten stimmten der Regierungsvorlage zu. Es gelang nicht einmal, eine Freilassung der Prozesse von der Gebührenordnung herbeizuführen, bei welchen es sich um geringe Werte handelt, und die von den minderbemittelten Bevölkerungsteilen geführt werden. **Ergebnis also: kein ernstlicher Versuch zur Verbesserung der Justiz, dagegen Verteuerung der Rechtspflege.**

Spitzelwirtschaft bei der Reichspost

Was gedenkt der Herr Reichspostminister zu tun?

Ueber Vorgänge, die den Verdacht rege werden lassen, daß bei der Reichspost von oben herab Maßnahmen zur politischen Bespitzelung der Bediensteten angeordnet worden sind, wird uns folgendes geschrieben:

Der Postbote Mielitz vom Postamt 39, z. Zt. in der Lungenheilstätte Beelitz, hatte sich auf seinem Postamt damit gebrüstet, von dem Ober-Postrat Warnke von der O. P. D. Berlin **dazu eingesetzt zu sein, die Postbeamten auf kommunistische Umtriebe und dergleichen zu bespitzeln.** Dieses gelangte auch zu Ohren des Amtsleiters des Postamts 39, des Postdirektors Buchholz. Dieser, ein überzeugter Republikaner und bei seinem Personal sehr beliebt, wollte seine Beamten **vor solchen Spitzeleien schützen** und verlangte von der O. P. D. die **Versetzung des Postboten Mielitz,** da auch das Personal des Postamts 39 nicht mit einem Spitzel zusammenarbeiten wollte. Der Versetzung wurde aber nicht stattgegeben, statt dessen wurde dem Postboten Mielitz von der O. P. D. Berlin durch die Amtsleitung des Postamts 39 ein Fragebogen zur **schriftlichen Beantwortung** vorgelegt. Die Fragen lauteten ungefähr folgendermaßen:

1. Sind Sie von dem Ober-Postrat Warnke dazu eingesetzt, der O. P. D. Mitteilungen über kommunistische Umtriebe und dergleichen zu machen?
   Antwort des Mielitz: „Ja."
2. Erstrecken sich diese Ermittelungen nur auf das Postamt 39 oder im allgemeinen?
   Antwort: **„Im allgemeinen."**
3. Wie waren die Berichte abgefaßt und in welcher Form haben Sie der O. P. D. Mitteilung gemacht?
   Mielitz verweigert hierüber die Aussage und ist nur bereit, im Beisein des Präsidenten Gentzke und des Ober-Postrats Warnke hierüber Auskunft zu geben.
4. Haben Sie bereits Beamte bei der O. P. D. angezeigt und wen?
   Antwort: **„Ja, den Postboten Möller als Mitglied der V. K. P. D."**

Auch auf diese schriftlichen Angaben hin wollte die O. P. D. die Versetzung des Mielitz nicht verfügen. Dem Beamtenausschuß und Betriebsrat des Postamts 39 gelang es ebenfalls nicht, die Versetzung durchzudrücken.

Eine begreifliche Erregung hatte sich bereits unter dem Personal des Postamts 39 bemerkbar gemacht und es bestand **die Gefahr einer ernstlichen Störung des Dienstbetriebes,** wenn der Mielitz nicht schleunigst von dem Amt entfernt würde. In ihrer Bedrängnis wandten sich daher die Vertreter der Beamten und Posthelfer des Postamts 39 an den Berliner Bezirksvorstand des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten. Dieser nahm sich der Angelegenheit sofort an und veranlaßte den Präsidenten der O. P. D. Berlin, der Versetzung nunmehr zuzustimmen.

Da die Angelegenheit dem Reichspostministerium zur Entscheidung vorliegt, dürften unsere Mitteilungen auch den Reichspostminister nicht überraschen. Wir möchten aber seine Aufmerksamkeit noch einmal besonders darauf richten. Es dürfte ihm wohl klar sein, daß es nicht bei einer Untersuchung gegen den Oberpostrat Warnke und gegen den Postboten Mielitz, die wohl auch der Postminister für selbstverständlich halten wird, sein Bewenden haben kann. Die Oeffentlichkeit wird erfahren müssen, ob es sich hier um ein von oben angeordnetes System der Bespitzelung der Beamten handelt, dessen Einrichtung einem Verstoß gegen die Verfassung gleichkommen würde. Vielleicht ist es zweckmäßig, die Reichspostbehörde an den Artikel 118 der Reichsverfassung zu erinnern, wonach jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. „An diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht."

Wir halten es für selbstverständlich, daß der Reichspostminister der ganzen Angelegenheit schon deswegen sehr energisch auf den Grund geht, damit ihm nicht der Vorwurf gemacht werden kann, er dulde in seinem Ressort Beamte, die sich der Pflicht zur Wahrung der Reichsverfassung nicht bewußt sind. Wir möchten die Gelegenheit benutzen, um daran zu erinnern, daß wir den Reichspostminister bereits mehrfach auf den Präsidenten Gentzke aufmerksam gemacht haben. Was dieser Mann an der Unterdrückung freiheitlich oder gar sozialistisch gesinnter Beamten leistet, ist nicht zu übertreffen. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß die Bespitzelung beim Postamt 39, die durch unsere obige Darstellung nachgewiesen ist, ebenfalls auf die Tüchtigkeit dieses Mannes zurückzuführen ist. Ist dem so, dann ist das System schon gegeben und damit der Anlaß zu einer gründlichen Aufräumung. Wir geben Herrn Giesberts das Versprechen, daß wir den Fall sorgfältig im Auge behalten werden, um unsere Fragen bei passender Gelegenheit zu wiederholen, falls die dringend notwendige Aufklärung der Angelegenheit ausbleibt.

Auflösung des Wachregiments Berlin

Die V. P. N. melden:

In Berlin garnisonierte seit einigen Monaten ein sogenanntes „Wachregiment Berlin", das sich aus Truppenteilen der einzelnen Reichswehrbrigaden sämtlicher Länder zusammensetzte. Dieses Regiment machte vor einiger Zeit schon von sich reden, als man sich in Bayern gegen die zeitweise Verlegung bayrischer Truppen nach der Reichshauptstadt, zu deren Schutz das Wachregiment gebildet war, auflehnte. Obwohl diese Truppe in dem durch den Friedensvertrag zugelassenen Bestande des Reichsheeres sich bewegte, hat der Vorsitzende der Alliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Nollet, jetzt doch die Auflösung des Regiments verlangt. In Erfüllung des Ultimatums ist die deutsche Regierung diesem Verlangen nachgekommen, und der Reichswehrminister hat bereits den Befehl zur Auflösung und zur Rückkehr der einzelnen Kompagnien in ihre Standorte in den Ländern erlassen.

Der Held von Bialovies

Die „Jüdische Arbeiterstimme" vom 16. Juni 1921 bringt über die Heldenzeit des Forstrats Escherich im Walde von Bialovies folgendes Charakterbild:

„Es ist kein Zufall, daß am selben Tag, an dem der Mord am Genossen Gareis verübt worden ist, Herr Escherich, der Diktator Bavariae erklärte, daß die Orgesch nicht aufgelöst werden dürfe. Herr Escherich weiß, wie man Arbeiter behandelt, er hat auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen gesammelt. Die ostjüdische Arbeiterschaft hat diesen Herrn in besonders gutem Angedenken. **Herr Escherich war es, unter dessen Leitung die Forstverwaltung Bialovies stand, jene Arbeitsstätte, die bei polnischen und jüdischen Arbeitern bald nur noch den Namen „die Teufelsinsel von Gainowka" trug.** Herr Escherich lebte mit seinem zahlreichen Stab kreuzvergnügt in dem schönen Jagdschlößchen des ehemaligen Zaren. Die Tausende und Abertausende zwangsweise weggeschleppter Arbeiter lebten in dem großen Forstbetrieb Bialovies unter Verhältnissen, wie sie selbst in diesem Kriege selten anzutreffen waren. Wenn ein Kriegsverbrecher vor das Forum des Reichsgerichts gehörte, dann ist es **der Forstrat Escherich wegen der unmenschlichen, schamlosen Behandlung der Zwangsarbeiter im Walde von Bialovies.** Vielleicht ist nichts so bezeichnend als die Tatsache, daß sogar die berüchtigte deutsche Arbeiterzentrale in Warschau sich zum Schluß weigerte, für die Forstverwaltung Bialovies Arbeiter zu vermitteln. Zu Hunderten und Aberhunderten sind die Zwangsarbeiter von Bialovies weggelaufen. Sie wurden zu Hunderten und Aberhunderten wieder eingefangen, von der geheimen Feldpolizei, und dieser Hölle erneut zugeführt. Herr Escherich weiß, wie man die Arbeiterschaft zum Arbeiten bringt. Die deutsche Arbeiterschaft aber soll endlich wissen, wer Herr Escherich ist und wie er Arbeitern gegenübersteht."

Britische Reichskonferenz

Die Friedenspolitik des Reiches

London, 22 Juni.

Auf der zweiten Sitzung der britischen Reichskonferenz wurden von den Vertretern der Dominions und Indiens Besprechungen über die Friedenspolitik des Reiches abgehalten. Der Premierminister Hughes (Australien) trat sehr stark für eine **Erneuerung des Bündnisses mit Japan** ein. Die Grundbedingung für einen derartigen Vertrag sei jedoch, daß er **die Möglichkeit eines Krieges mit den Vereinigten Staaten ausschließe** und mit den Bedingungen des Völkerbundes übereinstimme. Hughes machte den Vorschlag, die Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich zu einer gemeinsamen Konferenz mit Großbritannien aufzufordern. Der Premierminister von Südafrika, General Smuts, erklärte, das einzige Ziel der britischen Politik müsse die **Sicherung eines wirklichen Friedens für das Reich und die Welt** sein. Die Politik des britischen Reiches müsse ein Wettrüsten unmöglich machen. **Der größte Fehler würde ein Wettrüsten mit den Vereinigten Staaten sein.** Smuts sagte, die europäische Bühne sei nicht von erster Bedeutung; der Schwerpunkt habe sich nach dem fernen Osten und nach der Südsee verschoben. In Mitteleuropa züngeln noch immer Flammen, gelegentlich koche der Topf über. Dies seien jedoch nicht mehr Ereignisse von erster Bedeutung; dieser Zustand werde wahrscheinlich noch viele Jahre fortdauern, und keinerlei Unternehmen von seiten des britischen Reiches könne dort die Lage wesentlich verändern. Smuts riet daher zur **Vorsicht und Zurückhaltung in kontinentalen Verpflichtungen** und zur Vermeidung irgendeiner parteilichen Haltung in den Fragen des europäischen Kontinents, sowie zur Aufrechterhaltung einer unparteiischen Haltung gegenüber Allen. **Die Probleme des Stillen Ozeans seien Weltprobleme für** wenigstens die nächsten 50 Jahre. Die Konferenz müsse die Führung übernehmen und die in Frage kommenden Mächte, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, China und Japan, in **ein System freundschaftlichen Wettbewerbs** führen. Der Premierminister von Neuseeland, Massey, erklärte, er sei nicht optimistisch genug, um zu glauben, daß dies der letzte Krieg gewesen sei. Er hoffe daher, daß eine **genügend starke See-Streitkraft** beibehalten werden würde, um die Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen des Reiches aufrechtzuerhalten.

Der Tod des Wachtmeisters Buchholz. Die Untersuchung über den rätselhaften Tod des Wachtmeisters Buchholz der Hundertschaft, zur besonderen Verwendung soll, wie die P. P. N. melden, der Staatsanwaltschaft übertragen worden sein.

Verurteilung englischer Kommunisten. Von vier englischen Kommunisten in Glasgow, die angeklagt waren wegen aufreizender Berichte, wurde ein Angeklagter zu einem Jahr, und zwei Männer und eine Frau zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Verbrecher in Verwirrung

Die Leute der „Roten Fahne" bringen in der gestrigen Abendausgabe eine „Berichtigung" zu ihrem Hölzaufruf. Zwar fordern sie — der Bezirksverband der Kommunisten gemeinsam mit dem der K. A. P. D. — zu einer großen Demonstration im Bourgeoisieviertel auf und hetzen, selbstverständlich anonym, in dunklen, verschwommenen Worten zu törichten und nutzlosen Gewalttätigkeiten. Aber in dem zweiten Aufruf ist eine kleine Aenderung. In dem ersten hieß es:

„Seit Liebknechts Tod steht Euer mutigster Vorkämpfer vor dem Sondergericht der weißen Bestie, Max Hölz."

Jetzt heißt's:

„Seit Liebknechts Tod stehen Eure Vorkämpfer vor dem Gericht der weißen Bestie. Jetzt geht es um Max Hölz."

Es fehlt auch die Aufforderung „Heraus mit Max Hölz!" Es bleibt nur bei der Losung: „Heraus mit den politischen Gefangenen!" Dazu veröffentlicht nun die „Rote Fahne" folgende Berichtigung:

„Auf bisher unaufgeklärte Weise wurde zu dem obigen Demonstrationsaufruf in der Mittwochausgabe der „Roten Fahne" von unberufener Hand ein Text unterschoben, dessen Abweichung von obigem, richtigen Text (der auch mit den angeschlagenen Plakaten übereinstimmt) der Aufmerksamkeit der Redaktion entgangen ist. Ein Vergleich der beiden ziemlich ähnlichen Texte wird das redaktionelle Versehen verständlich und entschuldbar machen.

Die Redaktion der „Roten Fahne".

Eine dümmere Ausrede war wohl noch nie da. Wäre sie wahr, so bliebe nur die Annahme übrig, daß irgendein Abgesandter des Hölz den Aufruf in das Blatt gegeben, und daß der so viel Macht in der Redaktion hat, um diese Aufnahme durchzusetzen. In Wirklichkeit schwindeln die Burschen natürlich. Der Aufruf, der zwischen K. P. D. und K. A. P. D. vereinbart war, ist ganz ordnungsgemäß ins Blatt gekommen. Es ist auch nicht die erste Leichenschändung, die die „Rote Fahne" verübt. Schon Levi schreibt von dem „Schandbuben", der sich auf Liebknecht zu berufen wagt; nur daß jetzt nicht das Andenken Liebknechts allein, sondern auch das Andenken der anderen Toten, der Leviné und Jogiches, um nur die Kommunisten zu nennen, geschändet wurde.

In Wirklichkeit haben die „Schandbuben" der „Roten Fahne" den Aufruf auf Verlangen der kommunistischen Reichstagsfraktion hin ändern müssen und dazu die gnädige Erlaubnis der K. A. P. D. erhalten, der es nicht um die Form, sondern um die Sache, nämlich um den Putsch, geht. Weiter hat allerdings der Mut der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht gelangt. Sie haben nicht mal soviel Verantwortungsgefühl, um offen vor diesem neuen Verbrechen, das an der Arbeiterschaft verübt werden soll, zu warnen.

Ueber das Verbrechen selbst nur noch ein Wort: Levi berichtet von einem der Veranstalter des Märzputsches, der am 30. März, als die Aktion schon längst verloren war, in einer Sitzung der Zentrale sagte:

„Wir müssen versuchen, einen geschickten Rückzug anzutreten, Konflikte erzeugen, die Sipo reizen, alle konterrevolutionären Elemente zu reizen. Wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln die Bewegung zu erzeugen (! der Verfasser), wird es zu Zusammenstößen kommen ..."

Levi schreibt dazu:

„Das ist ... ein völliger Bruch mit der Vergangenheit, daß die Kommunisten arbeiten sollen wie Achtgroschenjungen, daß sie den Mord ihrer Brüder provozieren sollen."

Diesem Urteil, daß die kommunistischen Drahtzieher wie bezahlte Lockspitzel handeln, diesem Urteil des genauesten Kenners der kommunistischen Bewegung und der Personen, um die es sich handelt, brauchen wir nichts hinzusetzen. Die Arbeiter sind gewarnt, und kein anständiger Arbeiter, mag er bisher auch noch bei der kommunistischen Organisation geblieben sein, wird sich verlocken lassen, den anonymen Gesellen als Kanonenfutter zu dienen!

Die Demonstration für Hölz verboten

Wie die P. P. N. erfahren, hat der Berliner Polizeipräsident die für Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Platz vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Bahnhof Zoo einberufene Massenversammlung der V. K. P. D. und der K. A. P. D. zur Demonstration für Max Hölz verboten. Der Polizeipräsident steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nur an Plätzen stattfinden können, die im Stande sind, die von Parteien selbst erwartete Volksmenge auch zu fassen. Da die Vertreter der V. K. P. D. angegeben haben, daß sie einen Besuch von mindestens 10 000 Menschen erwarten, der sich aber auch auf 50 bis 100 000 steigern könnte, hat der Polizeipräsident es ablehnen müssen, den engen und verkehrsreichen Platz vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für eine derartige Menschenansammlung herzugeben, **da die Wahl dieses Versammlungsortes ganz unvermeidlich zu Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen führen müßte.**

Die Kommunisten haben rechtzeitig Mitteilung von dem Verbot erhalten, aber erklärt, die von ihnen aufgebotenen Massen nicht mehr umdirigieren zu können, hauptsächlich, da sie die **K. A. P. D. und ihre illegal lebenden Vertreter nicht mehr informieren könne.** Allenfalls seien sie bereit, einen anderen geeigneten Platz im Westen zu nehmen, den der Polizeipräsident ihnen nachweisen solle. Da ein solcher geeigneter Versammlungsplatz im Westen nicht vorhanden ist und die Kommunisten es ablehnten, die üblichen Plätze für Versammlungen unter freiem Himmel zu benutzen, blieb nichts anderes als das Verbot der Demonstration übrig. Die Kommunisten haben darauf erklärt, daß sie der Polizei die Verantwortung für die etwa eintretenden Folgen zuschieben müßten, worauf ihnen mitgeteilt wurde, daß die Polizei die Verantwortung für das, was sie angeordnet habe und durchführen werde, zu tragen wisse. Um aber jeden, der nicht in Gefahr kommen wolle, vor Schaden zu bewahren, würden alle Zeitungen von dem Verbot der Versammlung rechtzeitig unterrichtet werden.

Das Verbot ist ungesetzlich. Aber man muß zugeben, daß diese Ungesetzlichkeit von den kommunistischen Drahtziehern provoziert worden ist. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß diese Leute Krawalle hervorrufen wollten, um dann die Erregung über die Zusammenstöße ausnützen zu können. Nun glauben wir ja nicht, daß die kommunistischen Aufrufe irgendeinen Erfolg gehabt hätten, und das Verbot war überflüssig. **Aber die Arbeiter können daraus sehen, wie dieses verbrecherische Treiben ausschließlich dazu führt, daß Polizeimaßnahmen ergriffen werden, die man nicht einmal bekämpfen kann, weil kein Mensch, welcher politischen Richtung immer, die Verantwortung für die Folgen übernehmen kann, die die verbrecherische Hetzarbeit dieser „Kommunisten" unter Umständen zeitigen können.** Den Helfershelfern der Reaktion muß aber endlich von der Arbeiterschaft das Handwerk gelegt werden, und wir können nur wiederholen, daß auch **die kommunistischen Arbeiter, wenn sie als anständige Kameraden geachtet werden wollen, von ihnen endlich energisch abrücken müssen.**

Der Prozeß gegen Max Hölz

Siebenter Verhandlungstag.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung gegen 12 Uhr mittags sagt der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. **Braun** zum Angklagten: Ich mache den Angeklagten im Anschluß an die vorherige Szene darauf aufmerksam, daß das Gericht, wenn der Angeklagte weiter fortfahren sollte, sich ungebührlich zu betragen und die Würde des Gerichts zu verletzen, ihn endgültig abführen zu lassen, so daß er auch nicht das letzte Wort mehr bekäme. Dazu ist das Gericht auf Grund des § 230 Abs. 2 der Str. P. O. und auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts berechtigt.

Angekl. **Hölz:** Dazu habe ich folgendes zu sagen: Ich habe schon am ersten Tage erklärt, daß ich das Gericht nicht anerkenne und mich auch nicht als Angeklagter, sondern als Kläger betrachte. Wenn das Gericht mich abführen läßt, kann es das nur, weil es nach dem Grundsatz handelt, wer die Macht hat, hat das Recht.

Vors.: Wir handeln nur nach dem Gesetz.

Justizrat Broh: Der Angeklagte möchte noch eine andere Erklärung abgeben.

Angekl.: Von meiner Verteidigung erfahre ich, daß ein gewisser Ludwig Bergmann diesen Prozeß in schmutziger Weise ausnutzt. Ich soll behauptet haben, daß die Genossen Rühle und Pfemfert Gelder unterschlagen haben. Das ist Wahnsinn. Ich erkläre Ludwig Bergmann für einen gemeinen Verleumder.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen.

Es erhält dann das Wort Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jaeger zur

Vertretung der Anklage.

Der Prozeß, der sich in diesem Saale abgespielt hat, hat die Augen von ganz Deutschland auf sich gezogen. Das Urteil, das hier zu fällen ist, soll den Hauptschuldigen an dem Aufstand in Mitteldeutschland treffen. Es hat sich hier vor unseren Augen das Bild eines Bürgerkrieges in seiner scheußlichsten Gestalt abgespielt. Dieser Bürgerkrieg ist nicht hervorgegangen aus sozialen oder politischen Verhältnissen. Heute kann jeder nach der Verfassung, auch der Kommunist und Anarchist seine Meinung zur Geltung bringen. Kommunist sein ist nicht strafbar und ebensowenig ein Verbrechen wie Monarchist sein. Der Angeklagte Hölz gibt selbst zu, daß er der militärische Leiter dieser Aktion war. Zwar wird es von dem Angeklagten und der K. A. P. D. so dargestellt, als handele es sich nicht um einen Angriff auf das heutige Staatswesen, sondern um einen Notwehrkampf des unterdrückten Proletariats gegen die bewaffnete Bourgeoisie. Diese Auffassung wird jedoch durch die Tatsachen widerlegt. Der Prozeß hat gezeigt, daß sich die Waffen, Maschinengewehre, Sprengstoffe, in den Händen bestimmter Kreise der kommunistischen Arbeiterschaft befanden und nicht in den Händen der Bürger. Die Sache wurde dadurch gefährlich, daß der Angeklagte die Sache militärisch organisierte. In seinem Aufruf, in dem er die niedrigsten Instinkte der Massen zu erregen suchte, sagt er: Sprengt die Paläste der Reichen, öffnet die Gefängnisse usw. Die große Masse der Arbeiterschaft lehnte jedoch die Gewalttätigkeiten ab und hier setzte Hölz mit seinen Straftaten ein, als er sah, daß seine Proklamation keinen Erfolg hatte. Mit den Waffen in der Hand wurden Arbeiter gezwungen, ihre Arbeit aufzugeben, andere, wie sie bekundet haben, in die rote Armee einzutreten.

Der Staatsanwalt erörtert dann eingehend die Straftaten, die der Anklage wegen Hochverrats zugrunde liegen. Er hat, um die Bourgeoisie zu überwinden, zu allen Mitteln gegriffen, sowohl zu leichteren als auch sehr schweren. Er hat wirklich seinen Krieg nicht human geführt. Es ist zu erinnern an die außerordentliche Fülle von Todesdrohungen und Freiheitsberaubungen, bei denen er rücksichtslos, brutal, frivol und niedrig vorgegangen ist. Er ist auch als moralischer Mörder des Pfarrers Müller und des Matrosen Kuht anzusprechen. Weiter ist hinzuweisen auf die vielen Fälle der vollendeten und versuchten Erpressung, ferner auf die Sprengdelikte, durch die wieder die Allgemeinheit betroffen worden ist. Der Angeklagte erklärt diese Sprengungen als „militärische Notwendigkeiten", das kann natürlich in keiner Weise anerkannt werden. Alle Delikte sind begangen, um eine Bewegung zu entfachen, die die Diktatur des Proletariats begründen sollte. **Daß die Handlungsweise des Angeklagten eine politische Note hat, läßt sich nicht verkennen, aber es gibt auch politische Kämpfe, die gemeine Verbrechen sind.** Das Strafmaß für den Hochverrat des Angeklagten kann nicht zweifelhaft sein. **Der Angeklagte ist ein Gemeinschädling des deutschen Volkes, deshalb beantrage ich für den Hochverrat lebenslängliche Zuchthausstrafe und dauernden Ehrverlust.**

Auch die **Frage der Ermordung des Gutsbesitzers Heß muß bejaht werden.** Der Angeklagte macht zwar Einwände, die nicht unerheblich sind. Ein wesentlicher Umstand ist, daß Frau Heß mir gegenüber weniger ausgesagt hat, als hier. Die Aussage der Zeugin stimmt aber genau überein mit ihren ersten Angaben dem Kriminalkommissar gegenüber. Ich verhehle nicht, daß ich auf Grund der Aussage mir gegenüber keine Anklage wegen Mordes erhoben hätte. **Ein sehr auffälliger Umstand ist auch, daß Revolverhülsen nicht gefunden sind.** Das sind die beiden Punkte, die gegen meine Auffassung sprechen könnten. Nach sorgsamer Erwägung und Bewertung der Zeugenaussagen muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß Hölz für den Mord an Heß verantwortlich ist. Die Tat ist rechtlich als Mord zu qualifizieren, nicht als Totschlag; es handelt sich um einen gemeinen hinterlistigen Meuchelmord. Der Angeklagte hat sich im Falle Hildebrand der versuchten Tötung, im Falle Heß des vollendeten Mordes schuldig gemacht in Tateinheit mit vollendetem Hochverrat. **Deshalb beantrage ich gegen den Angeklagten die Todesstrafe und dauernden Ehrverlust.**

Nach dem 1½ Stunden währenden Plaidoyer des Staatsanwalts tritt eine kurze Pause ein.

Als erster Verteidiger ergreift

Rechtsanwalt Hegewisch

das Wort. Er schildert ausführlich den Lebensgang des Angeklagten und untersucht, aus welchen Motiven und aus welchen Charaktereigenschaften derselbe als einfacher Proletarier — nicht als sogenannter Intellektueller — zum Führer der Kommunisten und nach dem Kapp-Putsch **zum unbestrittenen Herrscher im Vogtlande geworden ist.** Der Aufstand sei nicht durch Hölz veranlaßt worden, sondern durch Hörsings Erlaß gegen die „wilden" Streiks, es handelte sich dabei um einen entscheidenden Schlag gegen die Machtposition der kommunistischen Partei in Mitteldeutschland. **Die damalige Regierung habe den Bürgerkrieg leichtsinnig heraufbeschworen.** Die kommunistische Bewegung sollte mit allen Mitteln zu Boden geschlagen werden und die Kommunistische Partei hatte dazu keine Veranlassung gegeben. Der Angeklagte ist ein Kämpfer für Gerechtigkeit gewesen und dabei zum Kämpfer gegen das bestehende Gesetz geworden. Er sei nicht der brutale, rücksichtslose Mordbrenner, wie ihn der Staatsanwalt angesehen wissen will. Das rauhe Handwerk des Bürgerkrieges mußte ihn zu vielen der Handlungen führen, die ihm jetzt als brutales Verbrechen angerechnet werden sollen. Was die Sprengungen betrift, so habe er sie aus revolutionärem Drang angeordnet und nicht aus Zerstörungssucht.

Der Verteidiger beantragt die Freisprechung wegen Mordes, wegen Totschlages und auch wegen Anstiftung. Eine Verurteilung des Angeklagten wegen Hochverrats sei zweifellos, das wisse Hölz selbst. Den Antrag auf mildernde Umstände würde sich Hölz selbst energisch verbitten. Er sei ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft und das Gericht als Institution des bürgerlichen Staates sei natürlich berufen, den bürgerlichen Staat zu schützen. Brandler, der nur im kommunistischen Sinne geredet hat, sei zu **Festungshaft verurteilt worden, bei Hölz würde eine Zuchthausstrafe nicht gerechtfertigt sein,** denn seine Taten seien nicht aus ehrloser Gesinnung entsprungen, wenn auch die einzelnen Straftaten natürlich sehr schwer waren. **Der Angeklagte habe vor Gericht zu seinen Taten gestanden und wenn er vor Gericht auch nicht die üblichen Schranken respektiert habe, so zeuge das, von seinem Standpunkte aus, nicht für eine ehrlose Gesinnung.** Für einen solchen Mann sei nur Festungshaft angebracht.

Justizrat Dr. Broh beginnt sein Plaidoyer mit der Bemerkung: es handle sich hier nicht um die Person des Hölz, sondern es handle sich hier um ein Stück Geschichte, um das revolutionäre Proletariat. Der Verteidiger hält dann einen weit ausgreifenden sozialpolitischen Vortrag über den kapitalistischen Raubstaat, Wesen und Bedeutung des Kommunismus und die begreifliche Todfeindschaft des Angeklagten gegen die kapitalistischen Profitjäger der bürgerlichen Gesellschaft.

Eine französische Note über Oberschlesien

W. T. B. meldet offiziös:

Die **französische Regierung** hat dem deutschen Botschafter in Paris auf die deutsche Note vom 16. Juni über die **Zustände in Oberschlesien** folgende **Antwortnote** übergeben:

„Herr Botschafter! Sie haben mir durch Ihr Schreiben vom 16. Juni den Wortlaut einer Protestnote der deutschen Regierung wegen der Ereignisse in Oberschlesien übermittelt. Dieses Schriftstück gibt eine Darstellung, **gegen die ich Einspruch zu erheben verpflichtet bin.** Die französische Regierung verkennt keineswegs die Ausschreitungen, deren sich die polnischen Insurgenten schuldig gemacht haben. Sie hat diese von Anfang an verurteilt, aber sie kann deshalb das Bild, das Sie von der Lage entwerfen, nicht als zutreffend anerkennen. Die Interalliierte Kommission hat unaufhörlich die größten Anstrengungen gemacht, um die Achtung vor Leben und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden. Die alliierten Regierungen haben Schritte unternommen, um die Freilassung der Geiseln zu erwirken, deren Namen Ihnen mitgeteilt worden sind, und die polnische Regierung hat dem Aufstand keineswegs die Unterstützung zuteil werden lassen, welche Sie brandmarken.

Wenn im übrigen die deutsche Regierung glaubt, eine Reihe von Beschwerden vorbringen zu sollen, muß sie diese an die Interalliierte Kommission richten: **Diese trifft in ihrer Gesamtheit ihre Entscheidungen, und ich sehe mich meinerseits nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die darauf hinzielen, den Präsidenten der Kommission allein verantwortlich zu machen.** Ueberdies wäre die Lage heute anders, und die Ordnung in Oberschlesien wäre bereits wiederhergestellt, **wenn die deutschen Selbstschutzorganisationen nicht eine Haltung angenommen hätten, welche in gleicher Weise, wie der polnische Aufstand, eine Herausforderung der Kommission darstellt.** In demselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten durch Taten ihre Bereitwilligkeit erwiesen, sich den Befehlen der Kommission zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem sie begannen, sich zurückzuziehen, und die Waffen niederzulegen, besteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hoefer und der Führer der deutschen Parteien in Oberschlesien die bereits erzielten Ergebnisse aufs Spiel gesetzt werden.

Es kommt im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf an, die eine oder andere Ausschreitung aus der Vergangenheit ans Licht zu ziehen, sondern es handelt sich darum, **durch Taten die Autorität der Kommission wiederherzustellen. General Hoefer verkennt durch seine Haltung diese Autorität.** Die deutsche Regierung verfügt über hinreichende Machtmittel, um ihn zu der Einsicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorsam gegenüber den Anordnungen der interalliierten Behörden die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung beschleunigen kann, deren Sicherstellung den deutschen Selbstschutzorganisationen angeblich am Herzen liegt. Es ist wahr, daß die deutsche Regierung zu verschiedenen Malen die Versicherung abgegeben hat, dem General Hoefer Zurückhaltung angeraten zu haben; aber im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nicht um Zurückhaltung, **sondern es handelt sich um Unterwerfung.** Allein durch Unterwerfung Aller unter die interalliierten Behörden kann die Ruhe in Oberschlesien wiederkehren. **Die französische Regierung würde glücklich sein, zu erfahren, daß sich alle Bemühungen der deutschen Regierung in diesem Sinne bewegen.**

Die Räumung Oberschlesiens

Oppeln, 22. Juni.

Die in Oppeln und Oberglogau stattgefundenen Besprechungen zwischen dem Zwölferausschuß, General Höfer und den nach Oberschlesien entsandten Vertretern der Regierungsparteien ergaben Uebereinstimmung in allen Punkten. Insbesondere wurde der letzte im Einverständnis mit dem Zwölferausschuß gemachte **Räumungsvorschlag General Höfers** eingehend besprochen. Die Vertreter der Regierungsparteien erklärten ihr volles Einverständnis mit diesem Vorschlage; sie erblicken in ihm die beste Garantie zur **baldigen und reibungslosen Räumung Oberschlesiens.**

Deutsche Note über Ostrowo

Der deutsche Botschafter in Paris hat am 21. Juni der Botschafterkonferenz eine Note übergeben, die auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilt worden ist. Sie beschäftigt sich mit den am 2. Juni in Ostrowo vorgekommenen Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche. Die Ausschreitungen sind, wie erinnerlich ist, vorgekommen, weil das Gerücht verbreitet war, in Deutschland seien Landesausweisungen von polnischen Staatsangehörigen in größerem Umfang vorgekommen. Die deutsche Note versichert demgegenüber, daß die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen nach wie vor fast ausnahmslos unbehelligt ihren Geschäften nachgehen können und den vollen Schutz der Verfassung und der Gesetze genießen. Die deutsche Regierung ersucht den Botschafterrat, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten in den abgetretenen Gebieten gemäß dem Friedensvertrag zu lenken. — Der Note ist ein Bericht über die Vorgänge in Ostrowo beigefügt.

Noch keine Aufklärung über Mont Cenis

Herne, 22. Juni.

Auf der Zeche Mont Cenis hat heute die Bergbehörde unter Hinzuziehung des Betriebsrates eine weitere ausgiebige Befahrung der Grube vorgenommen, die von 7½ Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags dauerte. Auch diese Befahrung und die nachfolgende eingehende Besprechung hat **eine Aufklärung der Ursachen des Unglücks nicht** ergeben.

Der Vorstand des alten Bergarbeiterverbandes bestätigt, daß **eine Konferenz mit dem Betriebsrat gleichfalls keine Aufklärung über die Ursachen der Explosion ergeben hat.**

Gegen Moskau. Nach einer Havasmeldung aus Straßburg haben die Delegierten der Gewerkschaften des Niederrhein gestern den Anschluß an die Internationale von Moskau mit 50 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Überall billig Maassen

Sommerblusen aus praktischem Baumwoll-Musselin **16⁵⁰**

Sommerblusen aus Batist oder baumwollenem Flanell, Sportform . . . **19⁵⁰**

Sommerblusen aus fein. Voile, aus baumwoll. Flanell, aus gut. Zephir **29⁵⁰**

Kleiderröcke aus guten praktischen Stoffen **9⁷⁵**

Kleiderröcke aus weißem oder farbigem besten Frotte **69⁰⁰**

Kleiderröcke aus wollenen, feinen Stoffen in marine **98⁰⁰**

Jackenkleider aus reinwoll. Stoffen, Jacke auf guter Halbseide **295⁰⁰**

Jackenkleider aus feinem, reinwoll. Gabardin, in der beliebten Sandfarbe, Jacke auf reiner Seide **590⁰⁰**

Impr. Mäntel aus feinem leichten Covertcoat oder reinwollen. Sportstoffen **195⁰⁰**

Seidenmäntel aus reiner Seide imprägniert in allen Farben **295⁰⁰**

Sommermäntel aus leichten, guten, hellen und dunklen Stoffen . . **98⁰⁰**

Sommerkleider aus weißem Voile od. farb. Leinen in flotten Formen **59⁰⁰**

Mantelkleider aus reinwoll. Kammgarnstoffen, elegante Machart **195⁰⁰**

Sportjacken aus reinwollenem Strickstoff, flotte Formen, in allen Sportfarben **165⁰⁰**

Sportjumper aus reinwollenem Strickstoff, jugendliche Formen, in allen Sportfarben **95⁰⁰**

Kinder-Waschkleider
Größe 50-75 **29⁵⁰** Größe 80-100 **39⁵⁰**

Kindermäntel
Größe 50-75 **78⁰⁰** Größe 80-100 **125⁰⁰**

Backfischmäntel aus reinwollenen, hellen Stoffen, viele flotte Formen **195⁰⁰**

Morgenröcke aus leinenartigen Stoffen, mit türkischem Muster **68⁰⁰**

Unterröcke aus reiner Seide, viele Ausführungen **125⁰⁰**

In der Salon-Abteilung:
Sämtliche Modelle zum Teil **bis zur Hälfte** herabgesetzt

Änderungen und Zusendungen ausgeschlossen

Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz) — Leipzigerstr. 42 (Ecke Markgrafenstr.)

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Wallensteins Tod

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7 Uhr: Die Localbahn

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Freischütz
Schauspielhaus
7 Uhr: Glück im Winkel

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele
7½ U.: Zwei glückliche Tage

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7½ Uhr: Die Weber
(Außer Abonnement)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
Täglich 7.30 Uhr:
Mit dem Feuer spielen
9 Uhr: Satans Magke
(Schultz, Niemann, Bildt)

Berliner Theater:
DAS Milliarden SOUPER
7.30 Uhr: Ralph Arthur Roberts, Else Müller, Lisch Ellenot, Herb. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr:
Der
blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge von der Straaten, Ifa Narsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogg.

Residenz-Theater
7½ Uhr: Max Adalbert in Wenn das Spiel gemacht ist — — — — ab dafür

Trianon-Theater
Täglich 7½ Uhr: Rosen

Kleines Theater
7½ Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum

Thalia-Theater
7½ Uhr: Mascottchen

Lessing-Theater
Direkt.: Viktor Barnowsky
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater
7½ Uhr: Geständnis
(Ralph, Korff, Otto).

Komische Oper
7½ Die Oper 7½
Alt-Heidelberg

8 U. **Folies Caprice** 8 U.
Schlafzimmergeheimnis
Liebe en gros
mit Ferd. Grünecker

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

Theater am Nollendorfplatz
7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wo die Schwalben nisten

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Täglich:
Tip-Tip Hurra!
oder
Der Sport-Schlemihl
mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich 4½ Uhr:
:: Varieté ::
Wenn Engel streiken!
Operette in 3 Akten

METROPOL
VARIETÉ-KABARETT
Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Intern. Damen-Boxkämpfe
und der unübertreffliche
Juni-Spielplan

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 10077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorrk. 11—1½ u. danach

Gänsefedern
fillfertige, auch ungerissen, aus erster Hand.
Paul Paegelow
Wriezen 15 Odrbr.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108/114
Donnerstag, den 23. Juni 1921
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung
Großes Fronten-Feuerwerk
Auf vielseitigen Wunsch Wiederholung der Schluß-Apotheose
Wohnungsnot oder Villa Pomp
ausgeführt von dem Pyrotechniker E. Nielandt
Anfang 5 Uhr :-: **Einlaß 2 Uhr**
Außerdem: **Großer Ball**

Achtung Hausfrauen! Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Drei Ausnahmetage
für Kern-, Wasch- u. Schmierseife
etc., sowie Bürstenwaren u. Haushaltsartikel
Seifenhaus Franz Leman, Tegel, Schlieperstr. 63

Ia Militär-Hosen für 80 Mk.
gibt es nur in der
Hosenfabrik K. Windholz, Lothringer Straße 25, II.

Preussische Staats-Lotterie
600 000 Lose mit 275 000 Gewinnen im Gesamtbetr. von über
172 Millionen M.
2 mal **750 000** M.
4 mal **500 000** M.
4 mal **300 000** M.
Ziehung I. Klasse 12. und 13. Juli
1/8 Lose 10 M., 1/4 Lose 20 M., 1/2 Lose 40 M., 1/1 Lose 80 M.
Postgebühr und amtliche Gewinn-Liste M. 1.20
Kröger, Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Berlin W 8, Friedrichstr. 192-193
an der Leipziger Str.
Telegr.-Adresse: Goldquelle. Fernspr.: 166 u. 2846. Postscheck: 31040

Billige Arbeiterstiefel!
gut durchrepariert, neu besohlt.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,—
Schaftstiefel, Paar Mark 50,—
sowie Geschirrsachen und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen
zu fabelhaft billigen Preisen.
Eisleben Str. 11, Laden 4. Franzeckstr. 28, Ecke Ruhestr.
Berlin O, Frankfurter Allee 317
Charlottenburg, Scherrenstraße 31.
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Nebenanschl.)

Junge Burschen
von 14—16 Jahren zum Viehhüten und leichten landwirtschaftlichen Arbeiten
nach außerhalb sofort gesucht.
Meldung im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, landw. Abtlg., Germannstraße 13.

Metalle!
Sämtliche Altmetalle kauft zum höchsten Preise
Lychener Str. 5 a. d. Hochb. Danzig. Str.

Briefwechsel
zwischen
Schiller und Lotte
Schiller und Goethe
Jeder Band 352 Seiten stark und gut gebunden
Nur 3,— Mk
Porto extra
Buchhandlung
„Freiheit"
Berlin, Breite Str. 8/9.
Auch in allen Spediteuren der „Freiheit" erhältlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:
Der Rohrleger
Gustav Heilmann
Charlottenburg, Wallstraße 68, am 19. d. M.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d., nachm. 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes-Fürstenbrunner Weg, aus statt.
Der Schmelzer
Julius Engel
Liegnitzer Straße 18, am 21. d. M.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 24. d., nachm. 2 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Otto Frohloff
Köpenick, Gartenstr. 23, am 17. d. M. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Kontoristinnen
für die Warenannahme sofort gesucht. Meldungen 12 — 2 Uhr mittags od. 5-6 Uhr abds.
A. Jandorf & Co.
Brunnenstraße 19-21

Demnächst erscheint! Demnächst erscheint!
I. Larin und L. Kritzmann
Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau Sowjet-Rußlands 1917-1920
Inhalt: 1. Teil. **J. Larin: Das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland:** Statt eines Vorworts. / I. Die Voraussetzungen. II. Landwirtschaft. III. Transport und Brennstoffe. IV. Das Proletariat. V. Die Industrie. / 2. Teil. **L. Kritzmann: Wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland:** I. Der Charakter der Revolution. II. Die Arbeitsbedingungen der Volkswirtschaftsorganisation in Sowjet-Rußland. III. Die Methoden der Volkswirtschaftsorganisation. IV. Der Aufbau der wirtschaftlichen Organisation in Sowjet-Rußland. V. Die Entwicklungsphasen der Organisation der Volkswirtschaft Sowjet-Rußlands.
198 Seiten **Preis Mark 3.50**
Zu beziehen durch Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11 u. Frankes Verlag, G. m. b. H., Leipzig

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Groß-Berlin

Der Kampf um Groß-Berlin

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags unternahmen die Deutschnationalen gestern einen Vorstoß gegen Groß-Berlin. Der Abg. Dr. Lüdicke, der in seiner Person einen kommunalen Stammtisch zu verkörpern scheint, war nicht damit einverstanden, daß das Oberverwaltungsgericht, welches über die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen zu entscheiden hatte, seinen Spruch nicht sofort gefällt hat. Durch das Hinausschieben der Entscheidung würde nur Unruhe in die Bevölkerung getragen. Es sei aber jedenfalls damit zu rechnen, daß sich das Oberverwaltungsgericht den Standpunkt des Bezirksausschusses zu eigen machen werde. Das bedeute Auflösung der Stadtverordnetenversammlung, und darum gelte es schon jetzt, Maßnahmen zu ergreifen, um eine geregelte Geschäftsführung bis zu den Neuwahlen zu sichern. Ein Verwaltungsausschuß, der sich aus Anhängern der verfassungstreuen (!!) Parteien zusammensetzen müsse, könne vielleicht die Geschäftsführung übernehmen. Eine Neuwahl werde sicher wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Berliner Stadtparlaments bringen. Es würde sich ein Ruck nach rechts vollziehen, und deshalb sei es angebracht, wenn durch eine Novelle auch die Bezirksversammlungen aufgelöst werden würden.

Zu diesem Vorstoß der Deutschnationalen bemerkte ein Regierungsvertreter, daß dem Urteil des Oberlandesgerichts nicht vorgegriffen werden könne. Die Regierung habe sich aber bereits mit der Frage beschäftigt, und es habe in den letzten Tagen unter Hinzuziehung des Oberpräsidenten und des Oberbürgermeisters eine Besprechung stattgefunden, um vor Ueberraschungen gesichert zu sein. Dem Landtag werde im Falle der Auflösung ein Zwischengesetz für die Uebergangszeit vorgelegt werden. Die Regierung behalte die Angelegenheit im Auge, jedoch müsse die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes erst abgewartet werden.

Die Deutschnationalen scheinen sich ihres Erfolges also schon ziemlich sicher zu sein, und auch aus der Erklärung des Regierungsvertreters war zu entnehmen, daß allgemein mit einer Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gerechnet wird. Die Arbeiterschaft wird gut tun, auch ihrerseits mit der Möglichkeit einer Auflösung ernsthaft zu rechnen. Wenn sie ihre Kräfte entsprechend einsetzt, wird die Hoffnung der bürgerlichen Parteien, die sozialistische Mehrheit zu beseitigen, ein frommer Wunsch bleiben.

Kameradschaft eines Schwerindustriellen

In Nr. 28 der „Siemens' Wirtschaftlichen Mitteilungen“ vom 1. Juni 1921 wird der gesamten Arbeiterschaft des Siemens-Konzern mitgeteilt, daß „die Siemens-Gesellschaften für ihre Angestellten und Arbeiter hinter dem Verwaltungsgebäude in Siemensstadt ein Wald- und Feldgelände von 33 800 Quadratmeter Flächenraum in einen Sportplatz haben umwandeln lassen.“

Zum Schlusse dieses Artikels folgt ein Teil der Rede des Herrn Dr. Carl Friedrich v. Siemens, die dieser als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemensgesellschaften auf dem Eröffnungssportfest gehalten hat. In dieser Rede sagt er:

„Möge der Sport dazu beitragen, die Selbstdisziplin zu fördern. Gerade jetzt, wo unser Vaterland vor den schwersten Schicksalsstunden steht; wo jedem Deutschen das Herz bangt, was die nächste Stunde bringen mag, wo in Ost und West der Feind auf dem Sprunge steht, unser Land zu zerteilen, da wollen wir daran denken, was uns allein zusammenhalten oder, wenn es sein muß, wieder zusammenführen kann: das ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Kameradschaft, und auch dafür ist der Sport der Lehrmeister usw.“

Diese Worte, ausgerechnet vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Siemensgesellschaften.

Tausende von Quadratmeter „umgewandeltes Wald- und Feldgelände“ genügen nicht, die „Gesundheit zu stählen und zu erhalten“, wenn nicht dem entkräfteten Körper genügend kräftige Nahrung zugeführt wird, wenn nicht die Massen in die Lage versetzt werden, sich die genügende Nahrung zu verschaffen. Durch honigsüße Reden wird dies nie erreicht werden, ist auch noch niemand satt geworden.

Statt dieser Notlage abzuhelfen, will man durch den Sport die „Selbstdisziplin fördern“. Will man der dummen Masse vorgaukeln, daß den Industriellen „vor den schwersten Schicksalsstunden unseres Vaterlandes das Herz bang:“? In Wirklichkeit ihnen aber nur davor bange ist, daß die Besitzenden mit herangezogen werden könnten, die Lasten tragen zu helfen.

Wie weit es mit dem Zusammengehörigkeits- und Kameradschaftsgefühl her ist, können wohl die Siemensarbeiter am besten beurteilen.

Ist vielleicht das Bestreben, die gesamten Lasten auf die Schultern der unbemittelten Schichten abzuwälzen Kameradschaft? Zeugt die gewaltige Steuerdrückerei der Besitzenden von Kameradschaft? Ist Kapitalverschiebung nach dem Ausland auch Kameradschaft? Sind die Millionenverdienste des Jahres 1920 auch kameradschaftlich mit den Arbeitern geteilt worden? Zeugen folgende Zeilen eines Herrn Noblemaire in der französischen Kammer, welche zutreffend auch auf unsere Herren Industriellen passen, von Kameradschaft? „Wenn es mir beliebt, meine Fabriken zu schließen, so geht das durchaus nur mich und meine Aktionäre an. Ich lasse meine Stahlwerke nicht gehen, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen oder um Stahl herzustellen, sondern um dem im Werk angelegten Kapital eine gute Verzinsung zu sichern.“ Mit andern Worten also: Wenn es dem Kapital nicht mehr lohnt, zu produzieren, wird eben nicht mehr produziert und wenn die Menschheit dabei zugrunde geht.

Auf diese Art Kameradschaft verzichten wir gern. Solange die breite Masse nur als Mittel zum Zweck benutzt wird, solange sie nur als Ausbeutungsobjekt dient, kann von einer „Zusammengehörigkeit und Kameradschaft“ mit der besitzenden Klasse nie die Rede sein.

Die neuen Monatskartenpreise im Vorortverkehr

Nach amtlichem Material betragen die Preise für Monatskarten im Stadt- und Ringverkehr, wie bereits gemeldet, 40 M. in der 2. Klasse und 25 M. in der 3. Klasse. Schülermonatskarten kosten 20 bzw. 13 M. und Wochenkarten 8,50 M. Im Vorortverkehr sind die Mindestpreise (bis zu Entfernungen von 10 Kilometern) die gleichen wie im Stadt- und Ringbahnverkehr. Bis zu 25 Kilometer Entfernung steigt der Preis der Monatskarten in der 3. Klasse um 1,20 M. je Kilometer, während in den darüber hinausliegenden Entfernungen (vom 26. Kilometer ab) 2,60 M. für jedes Kilometer Fahrt erhoben wird. In der 2. Klasse betragen die Fahrpreise das 1½fache des Preises 3. Klasse, während die Wochenkarten ¼ des Preises der Monatskarten 3. Klasse kosten.

Im nachfolgenden geben wir eine kurze Uebersicht über die Fahrpreise für Monats- und Wochenkarten in den wichtigsten Verkehrsbeziehungen, die auf Grund des nunmehr vorliegenden amtlichen Tarifs festgestellt sind:

Vom Stettiner Bahnhof nach Velten kostet die Monatskarte jetzt 2. Klasse 77 M., 3. Klasse 51 M. und die Wochenkarte 17 M. In gleicher Reihenfolge lassen wir die Preise für die nachfolgenden Verkehrsbeziehungen folgen: Stettiner Bahnhof nach: Hennigsdorf 60, 40, 14 M.; Tegel 44, 29, 10 M.; Wittenau Mindestpreisgrenze; Oranienburg 85, 57, 19 M.; Borgsdorf 65, 44, 15 M.; Birkenwerder 60, 40, 14 M.; Stolpe 54, 36, 12 M.; Hermsdorf 44, 32, 11 M.; Bernau 62, 41, 14 M.; Buch 47, 32, 11 M.; Blankenburg Mindestpreisgrenze.

Vom Bahnhof Friedrichstraße nach: Rüdersdorf 96, 64, 22 M.; Strausberg 93, 62, 21 M.; Neuenhagen 62, 41, 14 M.; Mahlsdorf 51, 34, 12 M.; Kaulsdorf 47, 32, 11 M.; Lichtenberg-Friedrichsfelde Mindestpreisgrenze; Fürstenwalde 171, 114, 38 M.; Erkner 81, 54, 18 M.; Friedrichshagen 63, 42, 14 M.; Cöpenick 49, 33, 11 M.; Karlshorst 42, 28, 9,50 M.; Rummelsburg Mindestpreisgrenze; Grunewald 40, 27, 9 M.; Stahnsdorf 65, 44, 15 M.; Werder 120, 80, 27 M.; Potsdam 81, 54, 18 M.; Neubabelsberg 65, 44, 15 M.; Wannsee 58, 39, 13 M.

Vom Görlitzer Bahnhof nach: Spindlersfeld 42, 28, 9,50 M.; Königswusterhausen 77, 51, 17 M.; Zeuthen 60, 40, 14 M.; Grünau 45, 30, 10 M.; Niederschöneweide-Johannisthal Mindestpreisgrenze.

Vom Potsdamer Bahnhof nach: Groß-Lichterfelde-Ost Mindestpreis; Zossen 96, 64, 22 M.; Rangsdorf 65, 44, 15 M.; Lichtenrade 45, 30, 10 M.; Marienfelde Mindestpreisgrenze.

Vom Wannseebahnhof nach: Stahnsdorf 62, 41, 14 M.; Werder 108, 72, 24 M.; Wildpark 85, 57, 19 M.; Potsdam 73, 49, 17 M.; Neubabelsberg 60, 40, 14 M.; Zehlendorf-West 45, 30, 10 M.; Lichterfelde-West Mindestpreisgrenze.

Neu in den Tarif aufgenommen sind die Strecken nach Beelitz und nach Wustermark, die bisher zu den Sätzen des Fernverkehrs rechneten, vom 1. Juli ab endgültig in den Berliner Vorortverkehr einbezogen werden, nachdem sie seit dem 1. Juni bereits Vorortzugsverkehr zu den alten Sätzen des Fernverkehrs erhalten haben.

Diese Preise werden ebenso wie die der Monatskarten im Fernverkehr noch eine Ermäßigung erfahren, die etwa 15 bis 20 vom Hundert betragen wird, jedoch erst am 1. September frühestens in Kraft treten kann.

Die Betriebseinschränkungen der Straßenbahn

Vom Betriebsrat der Hauptwerkstatt der Berliner Straßenbahn geht uns folgendes Schreiben zu:

Infolge der geplanten Einschränkung, der Erneuerung des Wagenparks und des Oberbaues sind noch 669 Arbeitnehmer verfügbar, die der Gleisbauabteilung überwiesen werden sollen, um die geplanten Erneuerungsarbeiten im Gleisbau bewältigen zu können. Der Betriebsrat der Hauptwerkstatt lehnte diese Versetzung ab, da dieselbe am 1. Oktober eine (verspätete) Entlassung mit sich bringt. Der Betriebsrat der andern Dienststellen stimmte jedoch der Regelung zu. In der genannten Zahl von 1101 sind aus der Abteilung Tiefbau mehr denn 13 Prozent, gleich 240 Personen, die von dem Abkehrgeld Gebrauch gemacht haben. Die wohllöbliche Direktion wird sich also genötigt sehen, für diese Abteilung Neueinstellungen vorzunehmen. Auf der einen Seite Arbeiterentlassungen mit einem Abkehrgeld von nahezu 500 000 M., auf der andern Seite für dieselbe Abteilung Neueinstellungen. Die Berliner Steuerzahler wären berechtigt neugierig zu sein, da es sich um Mittel der Allgemeinheit handelt, wen der Magistrat wegen dieser kaufmännischen Kurzsichtigkeit zur Verantwortung ziehen wird?

Immer langsam voran!

Ueber die langsame Abfertigung von Versorgungsberechtigten durch die Versorgungsämter wird von allen Beteiligten in so hohem Maße geklagt, daß Außenstehende zu der Ansicht gekommen sind, daß die Versorgungsämter nur für Offiziere arbeiten, für versorgungsberechtigte und für die bei den Versorgungsbehörden beschäftigten. Die Ansprüche versorgungsberechtigter Offiziere dürften ja, da sie mit Vorrang behandelt werden, größtenteils erledigt sein.

Während des Krieges mußte die den Offizieren zukommende Arbeit überall von den Schreibern erledigt werden, während jene ein flottes Kasinoleben führten. Von dieser netten Gewohnheit scheint man auch heute nicht gern abzuweichen; denn sonst müßte ein größerer Teil Versorgungsansprüche erledigt sein. Die Arbeit bei den Versorgungsbehörden scheint nicht vorwärtszugehen, weil man sich auch von dem beim Militär üblich gewesenen umständlichen bureaukratischen Apparat nicht trennen kann. Stammrollenauszüge und Abschriften wandern hin und her, Berichte über Berichte werden angefertigt, nur kein Antragsteller abgefertigt.

Es ist dringend zu wünschen, daß man sich an den zuständigen Stellen mal damit beschäftigt, wie die vorliegenden Anträge in kürzester Zeit erledigt werden können. Zeit dazu könnte man leicht dadurch gewinnen, daß man Personalangelegenheiten der Angestellten so behandeln würde, wie es bei Zivilbehörden allgemein üblich ist. Statt dessen verfährt man genau so, als seien die Versorgungsämter nicht an die Stelle der Bezirkskommandos usw. getreten, sondern die direkte Fortsetzung derselben. Was sollen die jetzt geführten Personalausweise Muster 2 für einen Sinn haben? Wozu wird bei diesen eine getrennte militärische und zivile Laufbahn geführt? Welches Interesse hat die Behörde als Arbeitgeber an der Religionszugehörigkeit ihrer Angestellten? Warum werden Zivil- und Militäranwärter verschie-

Nantas

Erzählung von Emile Zola.

(7. Fortsetzung) (Uebersetzt von Hans Jacob)

Die Eifersucht verzehrte ihn jetzt. Flavies Liebe nicht erringen zu können, war eine Marter; aber er raste vor Wut, wenn er daran dachte, sie könne sich einem anderen hingeben. Um ihre Freiheit zu zeigen, war sie fähig, sich mit Herrn von Fondettes ins Gerede zu bringen. Er heuchelte völlige Gleichgültigkeit und stöhnte doch vor Angst, wenn sie ausging. Hätte er nicht gefürchtet, sich lächerlich zu machen, so wäre er ihr auf der Straße nachgeschlichen. Er dachte daran, eine Person zu kaufen, die sie überwachen könnte.

Man hatte Fräulein Chouin im Hause behalten. Der Baron war an sie gewöhnt. Außerdem wußte sie zuviel; man konnte sie schon deshalb nicht entlassen. Einen Augenblick lang hatte die alte Jungfer daran gedacht, sich mit den zwanzigtausend Franken, die Nantas ihr am Morgen nach seiner Hochzeit ausgezahlt hatte, zurückzuziehen. Aber ohne Zweifel hatte sie begriffen, daß man in diesem Hause gut im Trüben fischen konnte. Sie wartete eine neue Gelegenheit ab, denn sie brauchte noch zwanzigtausend Franken, um sich in Noinville, ihrer Heimat, das Haus des Notars, das sie von klein auf bewundert hatte, zu kaufen.

Nantas brauchte sich vor dieser alten Jungfer, deren fromme Mienen ihn nicht mehr täuschen konnten, nicht zu genieren. Dennoch tat sie empört, als Nantas sie eines Tages in sein Zimmer kommen ließ und ihr den Auftrag gab, alle, auch die geringsten Handlungen seiner Frau zu überwachen.

„Ach was, Fräulein“, sagte er unwirsch, „ich habe Eile, ich werde erwartet. Bitte, mich nicht unnütz aufzuhalten.“

Aber sie wollte nichts von Dingen hören, die gegen den Anstand seien. Ihre Ueberzeugung war, daß die Dinge an sich nicht häßlich waren, daß sie es aber würden oder aufhörten es zu sein, je nachdem man sie darstellte.

„Also gut, es handelt sich um eine edle Tat ... Ich fürchte, daß meine Frau mir irgendeinen Kummer verbirgt. Seit einigen Wochen sehe ich, daß sie traurig ist, und ich habe an Sie gedacht, um durch Sie Näheres zu erfahren.“

„Sie können auf mich zählen“, sagte sie da mit mütterlicher Zärtlichkeit. „Ich liebe Ihre Frau Gemahlin und werde alles für Ihre Ehre tun ... Von morgen an werde ich sie bewachen.“

Er versprach, sie für ihre Dienste zu belohnen; sie tat so schlau genug, ihn zu wieder empört. Dann aber war sie zwingen, eine Summe zu nennen. Er werde ihr zehntausend Franken geben, sagte er, wenn sie ihm einen ausdrücklichen Beweis der guten oder schlechten Aufführung seiner Frau liefere. Nach und nach waren sie dazu gekommen, alles beim richtigen Namen zu nennen.

Von da ab quälte Nantas sich weniger. Drei Monate vergingen, er war mitten in einer großen Arbeit, der Aufstellung des Budgets. Im Einverständnis mit dem Kaiser hatte er das Finanzsystem tiefgreifend umgestaltet. Er wußte, daß man ihn in der Kammer heftig angreifen würde, und er mußte eine große Menge Schriftstücke vorbereiten. Oft blieb er ganze Nächte auf. Das machte ihn nervös und ungeduldig. Als er Fräulein Chouin traf, fragte er sie aus. Ob sie etwas erfahren habe? Ob seine Frau viele Besuche mache? Ob sie in einigen Häusern besonders lange verweile? Fräulein Chouin führte ein detailliertes Tagebuch. Aber sie hatte nur ganz unbedeutende Ereignisse eingetragen. Nantas beruhigte sich wieder, aber die Alte meinte mit geheimnisvollem Augenblinzeln, sie würde vielleicht bald etwas Neues erfahren.

Die Sache lag so: Fräulein Chouin hatte sich die Sache überlegt. Zehntausend Franken waren nicht genug, sie brauchte weitere zwanzigtausend, um das Haus des Notars zu kaufen. Sie dachte daran, sich nach dem Ehemanne auch der Frau zu verkaufen. Aber sie kannte die gnädige Frau und fürchtete, beim ersten Wort hinauszufliegen. Lange schon, noch ehe sie den Auftrag bekommen hatte, hatte sie sie für eigene Rechnung überwacht, da sie wohl wußte, daß die Laster der Herrschaft der Vorteil der Dienstboten sind; und sie war auf jene Rechtschaffenheit gestoßen, die durch Stolz noch erhöht wird. Flavie hegte seit ihrem Fehltritt einen Groll gegen alle Männer. Fräulein Chouin gab schon alle Hoffnungen auf, als ihr eines Tages Herr von Fondettes begegnete. Er fragte sie sehr lebhaft nach ihrer Herrin aus, und sie begriff sofort, daß die Erinnerung an jene Stunde, da er sie in den Armen gehalten hatte, ihn unablässig verfolge, daß er sie wie toll begehre. Und ihr Plan war fertig: zugleich dem Ehemann und dem Geliebten dienen, das war eine geniale Berechnung.

Alles ging nach Wunsch. Herr von Fondettes, der zurückgestoßen und ohne Hoffnung war, hätte sein ganzes Vermögen geopfert, nur um diese Frau, die ihm gehört hatte, noch einmal zu besitzen. Er streckte zuerst seine Fühler aus. Er sah Fräulein Chouin wieder, spielte den Empfindsamen, schwur, sich zu töten, wenn sie nicht helfe. Nach acht Tagen, nach einem großen Aufwand von Gewissenhaftigkeit, war die Sache reif: Er wollte zehntausend Franken zahlen, und sie sollte ihm dafür eines Abends in Flavies Schlafzimmer verstecken.

Am Morgen suchte sie Nantas auf.

„Was haben Sie erfahren?“ fragte er erbleichend.

Zuerst sprach sie nur in Andeutungen. Seine Frau habe sicher ein Liaison. Sogar Rendezvous habe sie.

„Zur Sache, zur Sache“, rief er, wütend vor Ungeduld.

Endlich nannte sie Herrn von Fondettes.

„Heute abend wird er im Schlafzimmer der gnädigen Frau sein.“

„Gut, ich danke“, stammelte Nantas.

Er verabschiedete sie mit einer Handbewegung; er fürchtete, vor ihren Augen ohnmächtig zu werden. Diese rasche Entlassung überraschte und freute sie, denn sie hatte ein langes Verhör erwartet und ihre Antworten schon zurechtgelegt, um sich nicht zu verraten. Sie verbeugte sich, setzte eine bedauernde Miene auf und zog sich zurück.

Nantas hatte sich erhoben. Als er allein war, sagte er laut:

„Heute abend ... in ihrem Schlafzimmer ...“

Er preßte die Hände gegen seinen Kopf, als ob er ihn hätte knirschen hören. Dieses Rendezvous im ehelichen Heim erschien ihm der Gipfel der Schamlosigkeit. Er konnte sich nicht so beleidigen lassen. Seine Kämpferfäuste ballten sich, die blinde Wut ließ ihn an Meuchelmord denken. Aber er mußte eine Arbeit beenden. Dreimal setzte er sich an seinen Schreibtisch, und dreimal sprang er wieder auf; irgend etwas stieß ihn vorwärts, sogleich mußte er zu seiner Frau hinauf, um sie wie eine Dirne zu behandeln. Endlich bezwang er sich und setzte sich an seine Arbeit, schwur aber, die beiden heute abend zu erwürgen. Das war der größte Sieg, den er je über sich selbst davongetragen hatte.

Am Nachmittage unterbreitete er dem Kaiser den endgültigen Entwurf des Budgets. Einige kaiserliche Einwendungen bekämpfte er mit vollkommener Klarheit. Aber er mußte versprechen, einen Teil seiner Arbeit zu ändern. Der Entwurf mußte am nächsten Tage abgeliefert werden.

„Sire, ich werde die Nacht durcharbeiten“, sagte er.

Auf dem Rückwege dachte er: Um Mitternacht töte ich sie, und dann habe ich noch bis zum Morgen Zeit, meine Arbeit zu beenden.

Abends bei Tisch sprach Baron Danvillier über diesen Budgetentwurf, der großes Aufsehen erregte. In Finanzsachen teilte er nicht immer die Ideen seines Schwiegersohnes, fand sie aber groß und sehr beachtenswert. Während er mit dem Baron sprach, glaubte Nantas die Augen seiner Frau des öfteren auf sich gerichtet zu sehen. Oft betrachtete sie ihn in der letzten Zeit so. Ihr Blick wurde nicht weich, sie hörte einfach zu und schien in seinem Gesicht etwas entziffern zu wollen. Nantas glaubte, sie fürchtete, verraten zu sein. Er bemühte sich, unbefangen zu erscheinen; er sprach viel und glänzend und überzeugte schließlich seinen Schwiegervater, der sich vor seiner großen Intelligenz beugte. Flavie sah ihn unausgesetzt an und eine kaum sichtbare Weichheit flog einen Augenblick über ihr Gesicht.

Bis Mitternacht arbeitete Nantas in seinem Kabinett.

(Schluß folgt.)

den behandelt? Noch eine ganze Menge anderer nebensächlicher Dinge werden da festgestellt, so festgestellt, wie es in der Stammrolle der Fall war. Weiter reichen die Kenntnisse der leitenden Beamten wohl auch nicht. Das Unterschreiben der Stammrolle genügte ja früher zum Kompagnieführer, warum sollen die gleichen Kenntnisse nicht auch für eine leitende Tätigkeit bei den Versorgungsbehörden ausreichen?

Werbeschwimmfest

Der Arbeiter-Wassersport-Verband, Kreis 1 (Brandenburg), veranstaltete am vergangenen Sonntag in Eberswalde ein Schwimmfest mit der Absicht, dort einen Arbeiter-Schwimmverein zu gründen. Dieses hatte vollen Erfolg. Trotz der ungünstigen Witterung war der Besuch erfreulich, der gebotene Sport gut. Die herbstliche Kühle zwang zur schnelleren, gedrängten Abwickelung des Programms; doch bot der gezeigte Schwimmstil, insbesondere bei Knaben- und Jugendkonkurrenzen, reichlich Entschädigung.

Das Interesse, das der Schwimmsport bei den Besuchern fand, bewiesen die zahlreichen Eintragungen zu dem neuzugründenden Verein, so daß die nach dem Schauschwimmen abgehaltene Versammlung die Gründungsversammlung des „Arbeiter-Wassersport-Vereins Eberswalde“ wurde.

Resultate:

Eröffnungsstafette, 4 mal 60 Meter, bel.: 1. Freie Schwimmer Neukölln; 2. Berliner Schwimm-Union. — Jugendlagenstafette, 4 mal 60 Meter: 1. Freie Schwimmer Neukölln; 2. Berliner Schwimm-Union; 3. Arb.-Schw. „Süd-Ost“. — Knabenbruststafette, 4 mal 60 Meter: 1. Freie Schwimmer Neukölln; 2. Berliner Schwimm-Union. — Kurze Strecke für Männer, 90 Meter: 1. Fengler, A. S. V. „Süd-Ost“, und Arend, Neptun Weißensee. — Damenbrustschwimmen, 90 Meter: 1. Frl. Schmidt, Freie Schwimmer Norden; 2. Frl. Luther, Freie Schwimmer Neukölln; 3. Frl. Wolf, Freie Schwimmer Norden. — Kurze Strecke für Jugend: a) Brust: 1. Fuchs, Freie Schwimmer Neukölln; 2. Karl, A. S. V. „Süd-Ost“; 3. Kerkenbahn, Freie Schwimmer Norden. b) beliebig: 1. Hinze, Berliner Schwimm-Union; 2. Teßlaw, Freie Schwimmer Neukölln. — Männerlagenstafette, 4 mal 60 Meter: 1. Freie Schwimmer Neukölln; 2. Freie Schwimmer Norden; 3. A. S. V. „Süd-Ost“. — Vereinsmehrkampf: 1. Berliner Schwimm-Union; 2. Neptun Weißensee. — Männerbruststafette, 4 mal 60 Meter: 1. Neptun Weißensee; 2. Freie Schwimmer Neukölln.

Krasse Gesetzesverletzung eines bürgerlichen Bezirksamts

Die bürgerlichen Parteien im 12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz) haben der am Donnerstag stattfindenden Sitzung des Bezirksamtes einen Antrag eingebracht, der dahin geht, die im Besitz der Gemeinde befindlichen öffentlichen Bedürfnisanstalten zu verpachten. Ohne die Verhandlung über diesen Antrag erst abzuwarten, hat das Bezirksamt im Steglitzer Anzeiger vom 21. Juni die Bedürfnisanstalten zur Verpachtung ausgeschrieben.

Die Gründe, daß die Bedürfnisanstalten erhebliche Zuschüsse erfordern, können aber nicht dazu führen, kommunalisierte Betriebe wieder in Privathände zu vergeben. Das Bezirksamt ist gegen die Kommunalisierung, deshalb diese Ausschreibung. Das Bezirksamt hat aber auch seine Befugnisse überschritten, denn es kann nur Ausgaben im Rahmen des Etats machen. Das Inserat im „Steglitzer Anzeiger“ ist im Etat nicht vorgesehen. Der Aufgeber desselben wäre ersatzpflichtig zu machen.

Pfäffische Nächstenliebe

Die Pfaffen führen immer das große Wort von Nächstenliebe und wollen glauben machen, daß sie als Vertreter Gottes die Lehre Christi zum Heile der Menschheit verkünden. Zwar gibt es nicht mehr allzuviel, die diese Beteuerungen ernst nehmen, aber es lohnt sich doch, festzustellen, wie sie ihre Grundsätze in die Tat umsetzen. Eine Schimpfepistel im „Reichsboten“, dem Blatt der Pfaffen, gegen den sozialistischen Pfarrer Bleier wegen seines mannhaften Eintretens für die Lazarettinsassen zeigt ihren wahren Charakter.

Der Zweck dieses Artikels ist zu durchsichtig, man will Bleier höheren Ortes denunzieren, weil er sich offen zum Sozialismus bekennt und jede Gelegenheit benützt, um mutig gegen die Kirche für den Sozialismus Stellung zu nehmen. Nun trachtet man danach, ihn zur Strecke zu bringen, weil er es gewagt hat, offen für die „Aufrührer“ Partei zu nehmen und im Gegensatz zu ihnen Nächstenliebe praktisch betätigt.

Raubüberfall auf eine Brotkommission

Ein schwerer Raubüberfall wurde Mittwoch gegen 12 Uhr auf die Angestellten der 57. Brotkommission in der Pusendorfstr. 5 im Nordosten Berlins verübt. Die Diensträume der Brotkommission liegen in einem öffentlichen Schulgebäude. Gestern vormittag wurden die neuen Zuckerkarten von der Druckerei der dortigen Kommission zur Verteilung zugestellt. Kurze Zeit, nachdem die schweren Pakete mit den Karten abgeladen waren, fuhr ein Automobil vor das Schulgrundstück, dem drei junge Männer entstiegen. Diese begaben sich nach dem Flur des Schulgrundstücks, zogen sich hier Masken über das Gesicht und drangen mit vorgehaltenem Revolver in die Räume der Brotkommission ein. Die dort diensttuenden drei Angestellten wurden aufgefordert, die gesamten Zuckerkarten ohne Widerstand herauszugeben. Die Täter brachten ihre Beute, etwa 20 000 Zuckerkarten, nach dem Kraftwagen und fuhren ungehindert davon. Der Polizeipräsident ist von dem Raubüberfall sofort in Kenntnis gesetzt worden und hat ein größeres Aufgebot von Kriminalbeamten nach dem Tatort entsandt. Auf die Ergreifung der Täter ist eine hohe Belohnung ausgesetzt worden.

Der Raubmord an dem Oberpostassistenten Splettstößer ist noch nicht aufgeklärt. Vielleicht gelingt aber die Ermittlung des Mörders an der Hand eines Taschentuches, das er am Tatort zurückgelassen hat. Es ist keines der gewöhnlichen Taschentücher, wie man sie in den Geschäften kauft, sondern ein Tuch von außergewöhnlicher Größe, für ein Taschentuch eigentlich viel zu groß; es mißt 40 : 34 Zentimeter und besteht aus Baumwollbatist. Augenscheinlich ist es von einem größeren Stück, vielleicht von einem Hemd, abgeschnitten und an drei Seiten gesäumt, während die vierte Seite ungesäumt ist.

Die Kircheneinbrecher waren in der letzten Zeit etwas stiller geworden, vermutlich, weil sie zu einem großen Teil von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht wurden. Neuerdings scheinen sich aber wieder Banden gebildet zu haben, die erneut rege „arbeiten“. So wurde jetzt die Kirche im Grunewald heimgesucht. Sie ist gerade dabei, eine Schutzvorrichtung anzulegen. Diese ist bis auf die letzte Tür fertig und sollte dann abgenommen werden und in Wirksamkeit treten. Diesen letzten Augenblick, die letzte Nacht vor Fertigstellung, benutzten die Einbrecher noch zu ihrem unerbetenen Besuch.

Wer ist der Tote? Von dem Schiffseigner Conrad wurde gestern nachmittag an der Ostseite des Heiligen Sees die Leiche eines Mannes gelandet, die etwa 8—10 Tage im Wasser gelegen haben mochte. Der Unbekannte ist etwa 25—30 Jahre alt, 1,76 Meter groß und bartlos. Er hat langes, schwarzes Haar und jüdischen Typus. Er trug u. a. schwarzweiß gestreifte Beinkleider, Sporthemd und schwarze Strümpfe. Die Unterbeinkleider sind H. H. gezeichnet. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, bedarf noch der Aufklärung, ebenso die Persönlichkeit des Mannes.

Das Milchamt Berlin teilt mit: Die Presse gibt die Mitteilung einer Korrespondenz wieder, wonach unter Angabe eines Rezeptes das Milchamt bei Herstellung von Sahne aus Frischmilch und Trockenmilch große Gewinne erziele. Dieses Rezept ist in jeder Hinsicht eine böswillige freie Erfindung. Der dem Milchamt Berlin angeschlossene Betrieb der Meierei Bolle stellt aus Milchpulver und Butter eine niedrigprozentige und eine hochprozentige Sahne her, deren Vertrieb verhindert hat, daß aus Frischmilch von Unbefugten Sahne hergestellt und damit der Frischmilchkonsum geschädigt wurde. Die Berechnung des Reingewinns ist phantastisch. Der Reingewinn beträgt ca. 13 Prozent. Er dient mit zur Verbilligung der Frischmilch für Kinder. Es ist bezeichnend, daß diejenigen Kreise, die an der Bekämpfung der kommunalen Betriebe ein Interesse haben, abwechselnd bald die Verlustwirtschaft, bald den bei einem Geschäft erzielten Gewinn brandmarken.

Von der Zuckerversorgungsstelle des Magistrats wird uns mitgeteilt, daß das Publikum sich in vielen Fällen weigert, Würfel-, Brot- und Plattenzucker sowie Kandis von den Kleinhändlern abzunehmen. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß neben Melis und der gemahlenen Raffinade von den Fabriken auch Würfel-, Brot- und Plattenzucker sowie Kandis sowohl für Verbrauchs- als auch für Einmachezucker uns durch die Reichszuckerstelle geliefert worden ist; dieser Zucker muß daher auch von dem Publikum abgenommen werden. Der Kleinhändler ist somit berechtigt, diesen Zucker auf Zuckerkartenabschnitte auszugeben; das Publikum wird ersucht, hierauf Rücksicht zu nehmen. Es wird im übrigen darauf hingewiesen, daß der harte Zucker in Süßigkeit den gemahlenen Zucker übertrifft.

Zehlendorf. Kranken-, Kinder- und Säuglingsnahrung. Für die Zeit vom 16. Juni bis 15. Juli werden folgende Karten und Abschnitte beliefert: Abschnitt 13 für Kinder im 1. Lebensjahre 1500 Gr. Weizengrieß, 1000 Gr. Kindergerstenmehl, 4 Pakete Keks. Abschnitt 15 für Kinder im 2. Lebensjahr 1000 Gr. Weizengrieß, 1000 Gr. Kindergerstenmehl, 2 Pakete Keks. Für werdende Mütter vom 4. Monat ab und für stillende Mütter 2 Pfund Weizengrieß, 2 Pfund Gerstenmehl, 2 Pakete Keks, 2 Pakete Zwieback. — Kranke erhalten von der verordneten Menge zur Hälfte Gerstenmehl, zur Hälfte Grieß, 2 Pakete Keks, 2 Pakete Zwieback. — Die Ausgabe erfolgt bei den Händlern Kühne, Teltower Str. 3a; Preuß, Potsdamer Str. 50; Menzel, Hauptstr. 16; Bustrow, Hauptstr. 67; Konsum-Verein, Teltower Str. 3; Beamten-Wirtschafts-Verein, Kaiserstr. 1; Reinicke, Teltower Chaussee; Sennecke, Flensburger Str. 6; Sömann, Viktoriastr. 4.

Gewerkschaftliches

Internationale Arbeitergesetzgebung

Der Teil XIII des Friedensvertrages des Völkerbundes, der die Förderung der Sozialpolitik auf einheitlicher internationaler Grundlage vorsieht, ist zur Durchführung dem Internationalen Arbeitsamt in Genf, das zu diesem Zweck gegründet wurde, übertragen und anvertraut worden. Im November 1919 fand in Washington die bekannte Internationale Arbeitskonferenz statt, auf der die Aufgaben und Richtlinien des Amtes festgelegt wurden. Das Amt, das zuerst seinen Sitz in London hatte, besteht nun über ein Jahr, und die von der Zweigstelle Berlin herausgegebenen Pressemitteilungen bringen einen Rückblick, dem wir folgendes entnehmen:

Die Organisation des Arbeitsamtes besteht aus der allgemeinen Konferenz, die sich aus je vier Vertretern der 49 angeschlossenen Staaten des Völkerbundes zusammensetzt und zwar je zwei Vertretern der Regierungen und je einem der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Arbeitsamt selbst untersteht der Aufsicht eines aus 24 Personen bestehenden Verwaltungsrates und zwar 12 Regierungsvertretern und je sechs Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Befugnisse der Organisation beruhen auf neuen Grundsätzen. U. a. darf die Arbeit nicht lediglich als Ware oder Handelsartikel betrachtet werden. Weiter gilt das Recht des Zusammenschlusses zu allen rechtmäßigen Zwecken, sowohl für Arbeiter wie für Unternehmer. Der zu zahlende Lohn muß nach Ort und Zeit eine angemessene Lebensführung ermöglichen. Der Achtstundentag und eine wöchentliche Arbeitsruhe von mindestens 24 Stunden muß durchgeführt werden. Kinderarbeit, desgleichen die Arbeit Jugendlicher müssen eine Einschränkung erfahren, außerdem soll der Grundsatz des gleichen Lohnes ohne Unterschied des Geschlechts für eine Arbeit von gleichem Wert Anerkennung finden. Der staatliche Aufsichtsdienst über die Vorschriften, die die Arbeitsverhältnisse betreffen, ist so einzurichten, daß die Durchführung der Gesetze sichergestellt wird und auch Frauen daran teilnehmen können.

Das Arbeitsamt hat als Sekretariat die Sammlung unter Weiterleitung aller Unterlagen, die sich auf internationale Regelung der Lage der Arbeiter und der Arbeitsverhältnisse beziehen, in die Wege zu leiten. Es hat außerdem dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen der ratifizierten Uebereinkommen auch richtig durchgeführt werden. Das Personal besteht gegenwärtig aus 210 Mitgliedern, die sich aus fast allen Nationen zusammensetzen. Es wird mitgeteilt, daß die Durchführung der internationalen Beschlüsse eine langsame sei. Für die nächste Versammlung der Internationalen Arbeitskonferenz, die im Oktober 1921 in Genf stattfindet, wird die Frage der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft vorbereitet. Außerdem soll die Fürsorge gegen Arbeitslosigkeit und der Schutz der Frauen und Kinder besonders beraten werden. Desgleichen soll sich die Tagung mit der Durchführbarkeit des Verbotes der Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe, den wöchentlichen Ruhetagen in kaufmännischen Handelsbetrieben und der Entseuchung milzbrandkeimverdächtiger Wolle beschäftigen. Das Verbot der Verwendung von jugendlichen Personen unter 18 Jahren in Kohlenbunkern und Heizräumen ist gleichfalls vorgesehen. Das Amt hat auch Untersuchungen über das Problem der Arbeitslosigkeit, über die Auswanderung, über das ganze Kranken-, Unfall- und Altersversicherungswesen, sowie über Witwen-, Waisen- und Mutterschaftsversicherung vorgenommen. Eine besondere Abteilung bearbeitet die Arbeitsbedingungen in Rußland. Außerdem wird ein internationales Verzeichnis der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Welt zusammengestellt und in drei Sprachen veröffentlicht werden. Die 50 000 Bände des alten internationalen Arbeitsamt in Basel wurden angekauft, und die Bücherei dehnt sich immer mehr aus.

Es wird zum Schluß gelobt, eine internationale „Anstalt mit wirklich einheitlichem Geiste zu schaffen, die befähigt ist, wirksam die ungeheuren Aufgaben und wichtigen Pflichten zu erfüllen“.

Wieweit sind nun die Beschlüsse, die international Geltung haben müßten, durchgeführt worden? Darüber werden wir durch die „Amtlichen Mitteilungen“, Band 3, Nr. 15, unterrichtet. Wir sehen daraus, daß Griechenland, Belgien, Frankreich, England, die Schweiz und die Tschechoslowakei dem Parlament ein oder mehrere Gesetze zur Ratifikation der Entwürfe von Uebereinkommen überwiesen haben und dies auch dem Amt offiziell mitteilten. Diejenigen Länder, die erst darangehen, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen sind Argentinien, Chile, Dänemark, Deutschland, Finnland, Indien, Italien, Neuseeland, Norwegen, Oesterreich, Rumänien und Siam. In Japan, Luxemburg, Polen und Spanien sind bereits Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die den Parlamenten unterbreitet werden sollen. Die Staaten Australien, Kanada, Nikaragua, Niederlande, Panama, Salvator, Schweden, Jugoslavien und Südafrika, teilten dem Amt mit, daß sie erst zur Untersuchung der Washingtoner Beschlüsse schreiten. Länder, die, soweit dem Amte bekannt wurde, noch keinerlei Maßnahmen ergriffen haben, sind Albanien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, China, Columbien, Costa-Rica, Cuba, Guatemala, Haiti, Hedjaz, Honduras, Liberia, Paraguay, Peru, Persien, Portugal und Uruguay. Da das Amt keine Exekutivgewalt hat, kann es natürlich die Durchführung aller einschlägigen internationalen sozialpolitischen Gesetze nicht erzwingen und hat auch keine Macht, den ungarischen Horthy-Banditen etwa den Gedanken des „rechtmäßigen Zusammenschlusses der Arbeiter“ beizubringen. Ob der Völkerbund jemals seine Zustimmung zur Machterweiterung des Amtes geben wird, um renitente Staaten zur Raison zu bringen, bezweifeln wir einstweilen. So sehr die Förderung der Sozialpolitik auf internationaler Basis begrüßt werden kann, die Kämpfe der Arbeiterschaft werden ihn aber nicht erspart bleiben, um alle internationalen Beschlüsse auch wirklich in die Tat umzusetzen.

Drohender Streik im Bankgewerbe?

Wie uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, beginnen heute die Verhandlungen über die Verlängerung des Reichstarifes für das deutsche Bankgewerbe. Der Reichsverband der Bankleitungen stellt für diese Verhandlungen die Forderungen: Wegfall aller Bestimmungen für gehobene Angestellte und Lehrlinge, Wegfall der allgemeinen Verbindlichkeit, Einengung des Koalitionsrechtes, Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau durch Streichung der letzten Berufsjahre aus dem Tarif. — Am Freitag, abends 7½ Uhr, findet in der Königstadt-Brauerei, Schönhauser Allee 10-11, eine öffentliche Bankangestellten-Versammlung statt mit dem Thema: „Der Tarifkampf im Bankgewerbe“, in welcher zu der durch die Forderungen der Bankleitungen geschaffenen Lage Stellung genommen werden soll.

Wegweisung

Der Deutschen Techniker-Zeitung entnehmen wir folgende Notiz, die für sich selbst spricht: „Der Neue Deutsche Techniker-Verband verkündet im „Bayr. Kurier“ vom 25. Mai, München: . . . Die **nationale Gewerkschaft** aller Techniker ist der „Neue Deutsche Techniker Verband“, der im ganzen Reiche erfreuliche Fortschritte macht. Die linksradikale Richtung des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten“ veranlaßt alle auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden, nationalgesinnten Techniker, sich diesem Verbande anzuschließen. . .“ Da unter „diesem“ Verbande logischerweise nur unser Bund verstanden werden kann, freuen wir uns, daß der N. D. T. V. die „auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden nationalgesinnten Techniker“ selbst einmal an die richtige Adresse verweist. Die logisch denkenden Techniker — also wohl die übergroße Mehrzahl — wissen sowieso, daß ihnen nicht mit den nationalen Phrasen und Stilblüten des N. D. T. V., sondern nur mit gewerkschaftlichen Erfolgen, wie sie unser Bund aufzuweisen hat, gedient werden kann.

Zur Organisation der Wächter

Der Transportarbeiterverband ersucht um Aufnahme folgender Zeilen:

Gewerkschaftsgenossen! Täglich kommt ihr auf euren Arbeitsstellen mit euren Kolleginnen und Kollegen zusammen, ihr könnt in den Pausen und Versammlungen euren Herzen Luft machen. Ein Vertrauensmann oder Betriebsrat vertritt euere Interessen bei dem Arbeitgeber. Ihr denkt dabei aber nie an einen Arbeitsbruder, der mit euch wenig oder gar nicht in Berührung kommt, den Wächter. Wohl sind schon ein Teil, aber auch nur ein Teil von der Organisation erfaßt, der größte Teil steht jedoch noch abseits. Es sind zum Teil Leute, die den Wächterposten nur als Nebenberuf betrachten, die noch bei 10—14stündiger Arbeitszeit für Hungerlöhne arbeiten und dadurch Lohndrücker im Beruf werden. Das kommt daher, weil sich niemand um den Wächter kümmert. Auch der Wächter muß der Organisation zugeführt werden. Ihr alle seid berufen, mitzuhelfen, verpflichtet, den Wächter darauf zu kontrollieren, ob er organisiert ist. Jeder einzige Genosse sage dem Wächter seines Betriebes, daß seine zuständige Organisation der Deutsche Portierverband, Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiterverbandes, ist. Gewerkschaftsgenossen, wir erwarten die Unterstützung euerseits organisiert auch den Kollegen Wächter.

Musiker. In einer am 21. Juni in den Musikersälen stattgehabten Versammlung der Kino-Musiker erstattete der Gruppenleiter Schiementz Bericht über die Lohnbewegungen im Kinogewerbe. Die Versammlung stellte sich auf den Boden des Referenten und beschloß einstimmig, den Tarifvertrag — weil nicht mehr zeitgemäß — zu kündigen. Desgleichen wurde beschlossen, zu empfehlen, in Zukunft eine Arbeitsgemeinschaft mit der Fachgruppe der Vorführer einzugehen.

Buchbinder! Die Vertrauensleute und Betriebsräte der Geschäftsbranche kommen am Freitag, den 24. Juni, nachm. 4½ Uhr, im Lokal von Baum, Stallschreiberstr. 47, zu einer wichtigen Aussprache zusammen. Alle Betriebe müssen vertreten sein.

Parteiveranstaltungen

Neukölln. Jugendweihe am 18. und 25. September in der „Neuen Welt“. Noch ausstehende Meldungen sofort vornehmen. Der Unterricht ist jeden Freitag von 4 bis 5 Uhr im Gesangsaal der Knabenmittelschule, Donaustr. 120. Freitag, den 24., fällt bei schönem Wetter der Unterricht aus, dafür Ausflug in die Königsheide. Abmarsch nachm. 3 Uhr vom Richardplatz. Für Kaffee mit Schrippen und Fahrgeld zur Rückfahrt sind 75 Pfg. mitzubringen. Trinkbecher mitbringen. Anmeldungen zur Jugendweihe werden in beiden Freiheitspeditionen angenommen.

Donnerstag, 23. Juni

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Abends 7 Uhr Bezirksführerkonferenz bei Wiemer, Bülowstr. 58.

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Abends 7 Uhr Distriktsführerkonferenz bei Wiemer, Bülowstr. 58.

15. Verwaltungsbezirk (Abteilung Baumschulenweg). Abends 1/28 Uhr bei Hoffmann, Baumschulenstr. 67, Funktionärsitzung. Sämtliche Kommissionsmitglieder sind eingeladen.

Freitag, 24. Juni

5. Verwaltungsbezirk, 16. (alter 7.) Distrikt. Kommunale Kommission. Abends 7 Uhr Vollversammlung bei Rohn, Gubener Str. 19.

11. (früher 5.) Distrikt. Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung mit Abteilungsführern bei Matschke, Marienburger Straße.

19. (früher 3.) Distrikt. Abends 8 Uhr Sitzung der Kinderschutzkommission bei Hermanius, Arndtstr. 25.

15. Verwaltungsbezirk (Abt. Niederschöneweide). Abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Niederschöneweide, Ritterstr. 17.

20. Verwaltungsbezirk. Landagitationskommission. Abends 7 Uhr Sitzung im Sitzungssaal, Rathaus Reinickendorf. Die Bezirksführer werden gebeten, die auf dem letzten Zahlabend gewählten Genossen hierauf aufmerksam zu machen.

Reinickendorf-West. Die Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Sonnabend, 25. Juni

15. Verwaltungsbezirk (Treptow). 4½—7½ Uhr Abrechnung der Abteilungskassierer und Empfangnahme neuen Materials beim Distriktskassierer Genossen Bessen, Oberschöneweide, Deulstraße 6, 2 Treppen. Mit Rücksicht auf pünktliche Abrechnung mit dem Bezirk ist unbedingtes Erscheinen aller Abteilungskassierer notwendig.

Sonntag, 26. Juni

20. Verwaltungsbezirk. Nachm. 3 Uhr Sommerfest im Rest. „Bergschloß“, Waidmannslust. Die Abteilungsführer werden ersucht, etwa vorhandene Fahnen bis Freitag abend beim Genossen Eng, Waidmannslust, Platanenstr. 12, abzugeben.

Vereinskalender

Donnerstag, 23. Juni

Zentralverband der Angestellten. Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — **Gemeinde-Verwaltungsangestellte.** Abends 6½ Uhr Funktionärversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Freitag, 24. Juni

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Schuhfabrikation und des Schuhgroßhandels. Abends 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, wichtige Gruppenversammlung. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Feinlederbranche, Lederwaren-Handel und Industrie. Abends 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, wichtige Gruppenversammlung. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben des Bodenlederhandels. Abends 7 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, wichtige Gruppenversammlung. — Branche 38 (Glas und Keramik). Abends 6½ Uhr bei Janfura, Melchiorstr. 15, Gruppenversammlung.

Sonnabend, 25. Juni

Freie Lehrer-Gewerkschaft. Abends 7½ Uhr im Rathaus, Zimmer 60, Arbeitssitzung.

Deutscher Reichstag

Volksentscheid — Staatsgerichtshof — Mietssteuer — Ablehnung des deutschnationalen Mißtrauensvotums

Präsident **Löbe** eröffnet die Sitzung 1¼ Uhr.

Erster Beratungsgegenstand ist die Interpellation **Trimborn** und Genossen. Sie fordert Auskunft von der Regierung über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche Mont-Cenis.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns:** Die Untersuchungen sind in vollem Gange. Wir hoffen, daß sie noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen werden, so daß die Beantwortung am Montag oder Dienstag der nächsten Woche erfolgen kann.

Präsident **Löbe:** Es sind mir noch eine weitere Interpellation der Abgeordneten **Rosemann, Pieper** und Genossen (U. S. P.), sowie ein Antrag Agnes (U. S. P.), **der die sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission fordert,** zugegangen. Ueber die Erledigung soll zu einem späteren Zeitpunkt, wenn der Wortlaut den Abgeordneten zugänglich gemacht ist, Stellung genommen werden.

Abg. **Ledebour** (U. S. P.): Wir wünschen, daß über unseren Antrag, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fordert, sogleich entschieden werde.

Abg. **Hue** (S. P. D.) wünscht, daß auch **Vertreter der Gewerkschaften an der Untersuchung beteiligt werden.**

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns:** Ich werde diese Sache dem preußischen Handelsministerium, das bereits eine Untersuchung eingeleitet hat, übermitteln.

Ohne Debatte erledigt werden die Gesetzentwürfe betreffend Aenderung der Reichsversicherungsordnung, sowie der Gesetzentwurf über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften in erster Lesung durch Ueberweisung an die entsprechenden Ausschüsse.

Der Entwurf, betreffend Ein- und Ausfuhrverbot von Kriegsgerät wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen. Der Entwurf betr. Fernsprechgebühren wird der Ausschußberatung überwiesen.

Das Mietssteuergesetz, das am Dienstag in zweiter Lesung beraten wurde, wird ohne nennenswerte Aenderungen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Das Gesetz über den Volksentscheid

Abg. **Brodauf** (Dem.) als Berichterstatter des Ausschusses verlangt, daß die Zahl der Unterschriften, die für die Herbeiführung einer Volksinitiative auf 5000 festgesetzt wurde, auf mindestens 100 000 festgesetzt werde.

Ein Regierungsvertreter erklärt den Antrag für unnötig, wenn auch die Ziffer von 5000 als willkürlich zu betrachten sei.

Abg. **Schmidt-Sachsen** (S. P. D.): Der Antrag Brodauf macht das Volksbegehren geradezu unmöglich. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abg. **Brodauf** (Dem.): Wir wollen erreichen, daß das Volksbegehren erst in Lauf gesetzt wird, wenn auch eine nennenswerte Zahl von Bürgern es verlangen.

Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen

Hierauf wird die Abstimmung über das von Hergt und Genossen eingebrachte und bei der Dienstagsberatung nicht zur Abstimmung gebrachte Mißtrauensvotum gegen die Regierung vorgenommen. Die Abstimmung ist eine namentliche. Für den Antrag stimmen 67, dagegen 210 Abgeordnete. 47 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten.

Abg. **Plettner** (Komm.): Meine Fraktion hat für das Mißtrauensvotum gestimmt, aber nicht, um die demagogische Parteiagitation der Deutschnationalen zu unterstützen. (Große Heiterkeit.)

Hierauf wird der Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in dritter Lesung mit der durch die Verfassung vorgesehenen Mehrheit angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend den Volksentscheid gelangt sodann unter Ablehnung des Antrags Brodauf mit der vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit zur Annahme.

Ohne Debatte angenommen wird auch der Entwurf eines Gesetzes über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues.

Der nächste Beratungsgegenstand ist der Gesetzentwurf über den **Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals.**

Abg. **Ristau** (U. S. P.): Ich wende mich gegen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs, soweit darin eine Verschärfung des Waffengebrauchs gegen Flüchtende gefordert wird. An dem Schmuggel mit Lebensmitteln im kleinen Grenzverkehr sind vielfach auch Kinder beteiligt. Kinder pflegen aber auf Anruf nicht stehenzubleiben, sondern, weil sie die Gefahr nicht überblicken, davonlaufen, sie stehen also sehr leicht unter der großen Gefahr, wegen Geringfügigkeiten erschossen zu werden. Das letzte gilt natürlich für die weiten Kreise der Grenzbevölkerung. Gewiß müssen auch die Beamten in ihrem schweren Dienst geschützt werden. Deshalb wollen wir ihnen im Falle der Notwehr das Recht zugestehen, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Beide Anträge werden von der Mehrheit abgelehnt und sodann der Entwurf in der Regierungsfassung angenommen.

Gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung wendet sich

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P.): Nachdem Beschlüsse gefaßt worden sind, mit denen gewissermaßen Vorschub geleistet wird denen, die weiter morden wollen, erheben wir Widerspruch gegen die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wir werden doch noch den Versuch machen, wenigstens einige Abgeordnete dafür zu gewinnen, daß es notwendig ist, dem Weitermorden Einhalt zu gebieten. (Höhnisches Gelächter auf der Rechten.)

Gesetz über den Staatsgerichtshof

Ein Regierungsvertreter wendet sich gegen diese Anträge.

Abg. **Radbruch** (Soz.) begründet einen Antrag, nach dem die Gerichtsbarkeit des Staatsgerichtshofs sich auch über die Minister und den Reichstagspräsidenten hinaus erstrecken soll. Insbesondere soll sich diese Vorschrift auch erstrecken auf die sogenannten Kriegsschuldigen, die an dem Ausbruch oder der Verlängerung des Krieges Schuld getragen haben. Wir wollen, wie die Unabhängigen, lediglich Richter durch Wahl, zum Unterschied von ihnen aber auch den Reichsrat wählen lassen.

Abg. **Graef** (Dtn.) beantragt, daß der Staatsgerichtshof aus dem Präsidenten des Reichsgerichts als Vorsitzenden und je einem Mitgliede des Kammergerichts, des preußischen Oberverwaltungsgerichts, des bayerischen Oberlandesgerichts, des hanseatischen Landesgerichts und fünf Rechtsanwälten und fünf ordentlichen Rechtslehrern der Universitäten Berlin, München, Leipzig, Tübingen und Jena bestehen soll. Wir wollen mit diesem Antrage verhindern, daß ein politischer Gerichtshof geschaffen wird.

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P.): Wir beantragen, die Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs durch den Reichstag vornehmen zu lassen. Im Ausschuß wurde dieser Antrag abgelehnt. Wir haben es schmerzlich empfunden, daß auch die Rechtssozialisten nicht für diesen Antrag gestimmt haben. Die Rechtssozialisten wünschten allerdings, daß wenigstens die Hälfte des Gerichtshofs vom Reichstag gewählt würde. Das ist nicht das, was wir fordern, aber immerhin wäre es eine kleine Verbesserung dieser Vorlage. Nun ist hier von der Notwendigkeit der Entpolitisierung des Staatsgerichtshofes die Rede. Wenn das so leicht wäre, so ließe sich darüber reden. Aber **es gibt in Deutschland überhaupt keine unpolitischen Richter,** und unter Ernennung der Mitglieder des Gerichtshofs durch den Justizminister wäre nicht die geringste Gewähr dafür gegeben. Da muß man doch zugeben, daß die große Masse der Richter und Staatsanwälte nicht auf der Seite der Demokratie und der Republik stehen. Triumphierend wurde kürzlich mitgeteilt, die große Mehrzahl der

Staatsanwälte und Richter ständen sogar auf monarchistischem Standpunkt.

Sie (nach rechts) wenden sich gegen die Entpolitisierung nicht etwa, weil sie wirklich unpolitische Gerichte wollen, sondern weil sie einverstanden sind mit der reaktionären Politik und weil der Staatsgerichtshof bei der Wahl der Richter durch den Reichstag nicht ganz so reaktionär sein würde. Wir fordern weiter, daß die Hauptverhandlung öffentlich sein soll. Wir sehen allerdings schon jetzt, daß die ähnlichen Bestimmungen bei den Gerichten häufig so gehandhabt werden, daß man die Oeffentlichkeit ausschließt, obwohl man gar nicht von Gefährdung der Staatseinrichtungen reden kann. Im weiteren fordern wir, daß die Rechtsprechung „Im Namen des Volkes" erfolgt. Ich will auch nicht unterlassen, festzustellen, daß ein jetzt aus dem Reichstag ausgeschiedenes demokratisches Mitglied des Ausschusses eine gute Idee hatte. Ich wünschte nur, daß seine „zurückgebliebenen Freunde" (Heiterkeit) wenigstens mit uns für unseren Antrag sich entscheiden. Als seinerzeit die Inschrift dieses Hauses nach längst gehegtem Wunsche „Dem deutschen Volke" gewidmet wurde, war man von Stolz und Freude erfüllt. (Sehr richtig! rechts.) Sie (nach rechts) haben also doch etwas von der deutschen Revolution gelernt. Aber genau so ist der Wunsch vorhanden, bei der Rechtsprechung das Volk in den Vordergrund zu stellen und nicht das Reich.

Die Anträge der Deutschnationalen, der Unabhängigen und der Sozialdemokraten werden abgelehnt.

Zu § 23a beantragt **Radbruch** (Soz.), den Mitgliedern des Gerichtshofs einen religionslosen Eid abzunehmen. Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 28 bekämpft **Leuthäuser** (D. Vp.) den Antrag der Unabhängigen, daß der Staatsgerichtshof im Namen des Volkes den Rechtsspruch verkünde.

Abg. **Rosenfeld** (U. S. P.): Es ist notwendig, einen möglichst deutlichen Strich zu ziehen zwischen der alten Kaiserzeit und der Republik. Die Staatsgewalt liegt nach der Verfassung beim deutschen Volke und nicht beim Deutschen Reich. Ziehen Sie diese Konsequenzen auch hier. Es gibt auch zu denken, daß man schon vor der Revolution Recht sprach „Im Namen des deutschen Reichs" beim Reichsgericht. Sie werden beim deutschen Volke mit einer

Der Skandal im Gewerkschaftshaus

Die nachstehende Schilderung der Vorgänge im Gewerkschaftshaus, die uns von einem Genossen und Gewerkschafter zugeht, geben wir wieder, nachdem die „Rote Fahne" durch die hartnäckige Wiederholung ihrer lügenhaften Darstellung uns nötigt, jede Möglichkeit zur Aufklärung der Berliner Arbeiterschaft über die Vorgänge im Gewerkschaftshaus zu benutzen. Wir hoffen, daß sie auch die Arbeiter, die noch zur kommunistischen Partei hielten, mit dem gleichen Abscheu vor dem Treiben dieser Drahtzieher, die solche Vorgänge bewußt herbeiführen, erfüllen wird, wie uns.

Gegenüber den Behauptungen in der „Roten Fahne" vom 21. Juni, daß auch unter den Demonstranten vorm Gewerkschaftshaus der größte Teil Organisierte waren, halte ich es doch für notwendig, an Hand der Taten und der Reden, wie sie im großen Saal des Gewerkschaftshauses gefallen sind, zu beweisen, was daran Wahres sein kann.

Der Betriebsrätekongreß des Transportarbeiter-Verbandes wurde plötzlich von den Arbeitslosen überfallen, die unter großem Radau, Absingen von Liedern aus allen Türen über Tische und Bänke in den Versammlungssaal einrückten und zu gleicher Zeit sämtliche Galerien besetzten, so daß die Betriebsräte und die Gewerkschaftsvertreter des Transportarbeiter-Verbandes vollständig eingekeilt waren. Sofort beim Einrücken erschollen auch die Rufe: „Aha, jetzt haben wir sie, jetzt sind sie ja alle hübsch beisammen! Keiner geht raus, niemand verläßt den Saal, keinen rauslassen, alle festhalten!" Mit den Fäusten wurde auf die Tische geschlagen, die Akten durcheinandergeworfen und erklärt: „Packt euren Kram ein, es ist genug verhandelt worden." Dann schwang sich eine Korona von zehn Personen auf das Rednerpodium, rissen die Versammlungsleitung an sich, und es trat nun der Führer dieses Demonstrationszuges auf; Name unbekannt. Derselbe erklärte ungefähr folgendes: „Arbeitslose Genossen! Wir haben uns geirrt, in diesem Saal tagt nämlich nicht der A. D. G. B., sondern die Betriebsräte; zu denen wollten wir nicht, sondern wir wollten den A. D. G. B. sprechen. Deshalb möchte ich euch bitten, den Saal hier wieder zu räumen, und daß wir uns im Hof versammeln und einen Vertreter des A. D. G. B. auffordern, zu uns zu sprechen." Stürmische Zwischenrufe: „Verräter, das machen wir nicht, bist wohl verrückt geworden, Pflaumeneier usw."

Nun trat ein anderer Redner auf, der folgendes ausführte: „Kollegen! Wir haben von dem Gewerkschaftshaus Besitz ergriffen! Endlich sind wir eingedrungen in die Hochburg! Wir denken garnicht daran, uns hier wieder zu entfernen, hier, wo die sitzen, die sich von unserem Geld 'nen dicken Wanst anfressen, sich mästen; und es freut mich, daß es die Betriebsräte sind. Diese Betriebsräte sind dieselben Lumpen wie die Gewerkschaftsbonzen, denn die haben für uns auch noch nichts getan, versuchen nur, ihre Pfründen zu behalten. Diese Bonzen, Verräter, Lumpen müssen sofort alle runtergeholt werden." Dann schwang sich ein Sechzehnjähriger aufs Rednerpult und führte folgendes aus: „Kollegen, wie wir behandelt werden, könnt ihr am besten daran sehen: Ich bin seit zwei Tagen in Arbeit. Der Betriebsrat verlangte von mir, daß ich in den Verband eintreten solle, sonst müßte ich wieder den Betrieb verlassen. Ich habe das konsequenterweise abgelehnt, weil ich kein Geld für diese Gewerkschaftsbonzen übrig habe; infolgedessen bin ich wieder entlassen worden. Es ist direkt eine Schmach, wenn ein klassenbewußter Arbeiter noch in den Gewerkschaften organisiert ist. Ich fordere euch auf: Heraus aus den Gewerkschaften! Mit diesen Arbeiterverrätern wollen wir nichts zu tun haben." (Donnernder Beifall.) „Genossin" Guttmann erklärte, wenn die unzufriedenen Elemente hier zusammengekommen sind und Abrechnung halten wollen mit den Arbeiterverrätern, die nur die Gelder dazu benutzt haben, um sich einen dicken Wanst anzufressen, diese Lumpen, ist es notwendig, daß auch die Arbeitslosen im klaren sind, welche schweren Kämpfe ihnen bevorstehen. Diese Gewerkschaftslumpen, die wir heute ruhig davonjagen können, haben eine derartig große Macht, daß sie morgen an derselben Stelle sitzen, deshalb kommt es darauf an, dieser Organisation von Lumpen und Arbeiterverrätern eine Organisation der klassenbewußten revolutionären Arbeiter entgegenzusetzen, und diese Organisation könnte nur die V. K. P. D. sein. Sie fordere aus diesem Grunde alle auf, auch wenn wir aus dem Gewerkschaftshaus wieder rausgedrängelt werden, daß die Arbeitslosen begreifen müßten, daß nur die V. K. P. D. es ist, die ihre Interessen vertritt. Sie fordere auf, daß eine Kommission zu dem A. D. G. B. geschickt wird, um dort die Leute zu zwingen, sich vor den Arbeitslosen zu verantworten. Wir wollen endlich Taten sehen, von Verhandlungen wollen wir nichts mehr wissen. (Donnernder Beifall.)

Ein anderer Redner, anscheinend ein Gewerkschaftsangestellter, erklärt: Ja, Genossen, die einzige Partei, die sich bisher der Interessen der Arbeitslosen angenommen hat, ist die V. K. P. D. gewesen. Nur die V. K. P. D. ist ernstlich gewillt, die Not der Arbeitslosen zu lindern. Der A. D. G. B. hat es niemals ernst gemeint mit der Durchdrückung dieser Forderungen, sondern er hat wichtige Aufgaben, die darin bestehen, die Kommunisten auszuschließen, um sie mundtot zu machen. (Zwischenruf: Mit dem Parteistreit kommen wir nicht weiter, eine Partei schmiert die andere aus, damit ist uns nicht gedient.)

Es wird daraufhin eine Kommission gewählt, bestehend aus Fichtmann, Christian, Jugel, Gutmann und Rubbert, die mit dem A. D. G. B. verhandeln sollen. Schon nach kurzer Zeit ertönen Rufe: Die Sipo kommt, die Sipo kommt. Der A. D. G. B. hat die Vertreter verhaften lassen. Es sprechen nunmehr drei Redner zugleich. Ein Delegierter der Betriebsräte versucht, beschwichtigend einzuwirken. Er kann sich auch leidlich Ruhe verschaffen und erklärt, daß die Fraktion der kommunistischen Betriebsräte des Transportarbeiter-Verbandes mit dem Polizeioffizier sich in Verbindung setzen will wegen Zurücknahme der Verhaftungen. Er kommt auch nachher wieder zurück und erklärt, daß alle das Gewerkschaftshaus ungehindert verlassen können, und unter Umständen die Verhaftungen aufgehoben werden. Inzwischen ist auch Buchholz, der Obmann der Arbeitslosen, eingetroffen und ersucht die Arbeitslosen dringend, sämtliche Räume des Gewerkschaftshauses freizugeben, weil er dem Polizeioffizier die Versicherung gegeben hat, dafür zu sorgen, daß die Räume freikommen, dann werden auch die Verhaftungen zurückgenommen. (Stürmische Unterbrechungen: Nein, wir denken garnicht daran, laßt sie nur kommen, wir bleiben hier. Auf das Gewerkschaftshaus haben nicht nur die Organisierten, sondern auch wir Unorganisierten Anspruch, das ist unser Haus.) Die Guttmann kommt wieder und erstattet Bericht von der Sitzung mit dem A. D. G. B. und führt dazu aus, daran könnte man sehen, was diese Genossen der S. P. D., Brolat und Wissel, für Helden sind; zu feige, sich selbst zu verteidigen, hätten sie sich mit Sipo umgeben, aber der Tag der Abrechnung käme. Blut wäre allerdings genügend geflossen, und deshalb fordere sie die Arbeitslosen auf, jetzt die Räume zu verlassen und nicht zu erlahmen in der Organisation zur Durchdrückung dieser neuen Forderungen. Man müßte diesen Lumpen zeigen, daß die Arbeitslosen nicht schlafen. Ein Redner der Obdachlosen schwingt sich empor und erklärt, die Not der Obdachlosen ist bis aufs höchste gestiegen, sie werden behandelt wie die dummen Jungen. Auch dagegen müßten die Arbeitslosen und Obdachlosen Protest erheben. Ein Redner versucht, nochmals die Versammlung aufzupeitschen, mit Gewalt die Vertreter des A. D. G. B. in den Saal zu bringen. Es erfolgen wilde Zwischenrufe: „In den Kanal mit ihnen, erdolcht müßten dieselben werden" usw.

Plötzlich entsteht ein allgemeines Hallo, die Sipo kommt. Sie dringt in Stärke von 100 Mann ein, den Karabiner bei Fuß, drängt sie die Arbeitslosen zu den Ausgängen, die sich noch beim Hinausgehen in wilden Verwünschungen gegen die Gewerkschaftsführer und die Betriebsräte austoben. Mit den Fäusten wird auf die Tische geschlagen. Ihr Lumpen, ihr Gesindel, euch werden wir uns merken! Ihr wollt unter dem Schutze der Bajonette weitertagen! Wir werden euch das nächste Mal dazu zwingen, sofort dafür zu sorgen, daß die Betriebe wieder geöffnet werden.

In zehn Minuten ist der Saal frei, und die Sipo beginnt, die Arbeitslosen nach dem Mariannenplatz abzudrängen. Von den sonstigen Vorgängen im Gewerkschaftshaus ist mir nichts bekannt, da wir in dem Saal fest eingekeilt saßen.

Protest gegen die Vorgänge im Gewerkschaftshaus

Die Betriebsrätekonferenz der Städtischen Betriebe, Verwaltungsbezirk 17 (Lichtenberg) beschäftigte sich mit den empörenden Vorgängen im Berliner Gewerkschaftshaus. Die Diskussion ergab, daß die anwesenden Betriebsratsmitglieder die Vorgänge **aufs schärfste verurteilen** und sich auf nachstehende **Resolution** einigten und annahmen: Die versammelten Angestellten und Arbeiterräte des Verwaltungsbezirks 17 sprechen über die letzten Vorgänge im Berliner Gewerkschaftshaus **ihren tiefsten Abscheu und den Drahtziehern und Strohmännern dieser Aktion ihre tiefste Verachtung aus.** Um derartige, für die organisierte Arbeiterschaft schmachvollen Vorgänge in Zukunft zu verhindern, erklären wir, mit den schärfsten Mitteln gegen diejenigen Elemente vorzugehen, die diese Aktion direkt oder indirekt unterstützen. Wir erwarten von den anwesenden Betriebsratsmitgliedern (Arbeiter- und Angestelltenräte), **daß sie sich voll und ganz auf den Boden der freien Gewerkschaftsbeschlüsse stellen** und dafür Sorge tragen, daß derartige Vorfälle in Zukunft unterbleiben.

Unser Saison-Ausverkauf dauert fort!

Riesige Rabatte / Konfektion-Seide

Tauentzienstr. 20 ★ Leipzigerstr. 64/65

Leiser

HAO

anderen Haltung wenig Anklang finden. Das deutsche Volk weiß ganz genau, was es von der Volkspartei und ihren Leuten zu halten hat.

Gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien wird der § 28 in der vorliegenden Fassung angenommen, ebenso der Rest des Entwurfes. Von den Demokraten stimmte **Brodauf** für den Antrag, daß die Rechtsprechung „Im Namen des Volkes" erfolgen soll, während Frau **Bäumer** und **Haas** dagegen votierten.

Es folgt die zweite Beratung des **Entwurfs über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit.**

Abg. **Kahmann** (Soz.) wendet sich gegen den Entwurf, der Vorrechte für gewisse Kreise und damit ein Unrecht für die Allgemeinheit schaffe.

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien in zweiter und dritter Lesung **angenommen.**

Der unabhängige Antrag wegen des Grubenunglücks

Nunmehr wird über den Antrag unserer Fraktion verhandelt, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis verlangt.

Abg. **Rosemann** (U. S.): Im ganzen Hause herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Ursachen des Unglücks schnell und restlos aufgeklärt werden müssen. Die Bergbehörde hat die Erlaubnis zum Abbau der Kohle gegeben, obwohl allem Anschein nach die Sicherung für Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht hinreichend gegeben war. Es scheint, daß wie auf Grube „Konstantin der Große" auch hier eine schwere Unterlassung der Bergbehörde vorliegt. Wir fordern daher, daß dem Verlangen der Bergarbeiter Rechnung getragen und eine Untersuchungskommission eingesetzt wird. (Lebh. Beifall bei du U. S.).

Abg. **Gothein** (Dem.) tritt dafür ein, daß zunächst die Antwort der Regierung abgewartet wird.

Abg. **Hue** (S.) tritt diesem Antrage bei und fordert, daß die Bergbehörden selbst bei der Untersuchung ausgeschaltet werden. Die Bergbehörde ist vorläufig als Angeklagte zu betrachten.

Abg. **Hue** (S.) tritt ihm erneut entgegen. Wir haben alle Veranlassung, in einer gründlichen Untersuchung nachzuweisen, daß die Oeffentlichkeit seit Jahrzehnten über die Zustände im Bergbau irregeführt wurde. Auch die Betriebsräte sind nur „weiße Salbe".

Abg. **Breitscheid** (U. S.): Wir beantragen, die Einsetzung eines **parlamentarischen Untersuchungsausschusses** gemäß Artikel 34 der Verfassung, der dem Reichstag dieses Recht ausdrücklich zugesteht. Es ist nicht notwendig, daß die Regierung gehört wird. Es handelt sich um den Willensausdruck des Parlaments. Wir sind nicht der Meinung, daß durch die Besprechung der Interpellation diese ungeheuer wichtige und schwerwiegende Frage ausreichend geklärt werden könnte. Das Unglück ist von einer größeren Schwere, daß es notwendig ist, in alle Einzelheiten tief einzudringen, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. (Bravo!)

Abg. **Imbusch** (Ztr.): Ich bin nicht gegen die Einsetzung einer Kommission, aber die Untersuchung hätte nur einen Zweck, wenn sie unmittelbar nach dem Unglück erfolgt wäre. Es ist nicht richtig, die Betriebsräte als „weiße Salbe" zu bezeichnen. Ein Betriebsrat, der seine Sache versteht, wird sich auch durchzusetzen wissen. Das Betriebsrätegesetz gibt ihm die Rechte dazu in die Hand. **Die Menschen werden so behandelt, wie sie es sich gefallen lassen.**

Vizekanzler **Bauer**: Die Reichsregierung wird dafür eintreten, daß Arbeitervertreter hinzugezogen werden. Ueber die Frage Schuld und Sühne müssen erst einmal die Feststellungen abgewartet werden. Ich würde es für zweckmäßig halten, die Beratung über den Antrag **morgen** fortzusetzen und der Regierung Gelegenheit zu geben, dazu Stellung zu nehmen.

Abg. **Braß** (Komm.): Imbusch hat die Kommission von vornherein in ein Licht zu stellen versucht, sie würde nicht imstande sein, die Sache zu klären. Warum sträuben Sie sich gegen diese Untersuchungskommission? Doch jedenfalls, weil Sie fürchten, daß nichts Gutes für die Unternehmer dabei herauskommt.

Abg. **Winnefeld** (D. Vp.): Nur Fachmänner können die Untersuchung führen. Unter gewissen Umständen ist die Ursache einer Explosion überhaupt nicht mehr festzustellen.

Die Abgg. **Koch** (Dem.) und **Burlage** (Ztr.) beantragen, die Debatte bis nach Entgegennahme der Regierungserklärung zu vertagen.

Die Genossen **Dittmann, Ledebour** und **Breitscheid** wenden sich gegen diesen Antrag, besonders auch gegen die Auffassung des Präsidenten Löbe, der die Vertagung für geschäftsordnungsmäßig hält. Der Präsident hat lediglich zu fragen, ob ein Fünftel des Reichstags für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist. Es geht nicht an, daß durch einen Mehrheitsbeschluß die Ausführung eines Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verhindert wird. Auch **Geyer** (Komm.) tritt dieser Auffassung bei. **Müller-Franken** (S.) dagegen macht den Vorschlag, die Angelegenheit im Aeltestenausschuß zur Erledigung zu bringen und morgen im Plenum die Interpellation als ersten Tagesordnungspunkt zu beraten. Gegen diese Auffassung wenden sich **Bell** (Ztr.) und **Gothein** (Dem.).

Inzwischen war von den drei sozialistischen Parteien, die über 193 Mitglieder verfügen, der Antrag unterschriftlich erneut eingebracht. **Damit war auch nach der Auffassung des Präsidenten der Antrag angenommen.** Es wird beschlossen, den Ausschuß aus 14 Mitgliedern bestehen zu lassen.

Abg. **Burlage** (Ztr.) erklärt: Wir wollen heute dem Präsidenten nicht widersprechen, aber **Verwahrung** dagegen einlegen, daß aus diesem Standpunkt des Präsidenten Folgerungen gezogen werden.

Schluß der Sitzung 5 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, 2 Uhr. — Tagesordnung: **Lohnsteuer**, Gerichtskostengesetz, Angestelltenversicherung, kleine Vorlagen.

Gegen ein Todesurteil

Die Reichstagsfraktionen und Parteivorstände der U. S. P. D. und der S. P. D. haben folgendes **Telegramm** an den Ministerpräsidenten **Meirowitz** in **Riga** gesandt:

Erhalten Nachricht, daß dort russischer Menschewist Abram Braun wegen angeblicher bolschewistischer Spionage zum Tode verurteilt sei. Urteil kann nur auf Irrtum beruhen, da Braun seit 20 Jahren Mitglied der menschewistischen Partei, Gegner der Bolschewiki und erst aus russischem Gefängnis entkommen ist. Bitten dringend, Vollstreckung des Todesurteils aufzuschieben und Material abzuwarten, das sofort übersandt wird.

Reichstagsfraktion und Parteivorstand der U. S. P. D.
Crispien. Dittmann. Rosenfeld. Ledebour. Moses. Breitscheid.
Reichstagsfraktion und Parteivorstand der S. P. D.
Hermann Müller. Scheidemann. Löbe. Eduard Bernstein.
Gradnauer. Molkenbuhr.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kemeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

HERMANN
TIETZ
Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee
Soweit Vorrat

Korbgarnituren
Weide dunkel gebeizt, 4 teilig .... früher 930.00 jetzt 700.00
Peddigrohr 4 teilig früher 1750 jetzt 1100.00
Peddigrohr 5 teilig früh. 2100.00 jetzt 1600.00

Eisenmöbel zusammenlegbar
Stuhl .... früher 52.00 jetzt 30.00
Sessel ...... früher 90.00 jetzt 50.00
Bank .... früher 65.00 jetzt 40.00
Tisch ..... früher 120.00 jetzt 60.00

Holzklappmöbel
Sessel ...... früher 57.00 jetzt 32.00
Tisch .... früher 38.75 jetzt 26.00
Bank .... früher 85.00 jetzt 58.00
Sessel Peddigrohr, früher 275.00 jetzt 175.00

Korbgarnituren und einzelne Sessel zum Teil leicht beschädigt, bis **75%** herabgesetzt

Fleisch
Fehlrippe u. Brust gefror. Pfund 8.00
Schmorfleisch ohne Knoch. gefror. Pfd. 10.50
Schabefleisch gefroren Pfd. 12.00
Gehacktes gefroren, . Pfund 9.00
Roastbeef mit Knochen, gefroren .... Pfund 10.00
Kalbskamm frisch, Pfd. 8.50
Kalbskeulen frisch Pfund 10.00
Hammelfleisch frisch Pfund 12.50

Fortsetzung des SAISON-AUSVERKAUF

Sensationell billige Preise
Günstige Kaufgelegenheit

Gardinen
Alover Net ca. 130 cm breit ...... Meter 19.50
Etamin ca. 150 cm breit .... Meter 23.00
Gardinenstoff vitragenbreit .... Meter 5.75 6.50
Halbstores mit Volant 48.00
Künstler-Garnituren 2 Schals, 1 Querbehang, Figuren-Muster 138.00
Steppdecken in Satin, doppelseitig, Handarbeit 340.00

Waschstoffe
Batist bestickt, ca. 110 cm breit .... Meter 6.90
Krepon in vielen Farben .... Meter 7.50
Schleierstoff ca. 100 cm breit, in dunklen Farben .... Meter 9.25
Dirndlstoff 80 cm breit .... Meter 9.75
Zephir 80 cm breit, prima Qualität, in schönen Streifen .... Meter 14.50
Kleiderpopeline 80 cm breit, in verschiedenen Farben ...... Meter 18.50

Haushaltartikel
Kernseife garantiert rein, . Doppelstück 1.95
Oberschalseife garantiert rein .... Stück 2.70
Kopfbürsten prima ...... Stück 6.00 7.50
Kleiderbürsten .... Stück 6.00 7.50
Zahnbürsten 4 reihige .... Stück 4.75 5.95
Handbürsten einfach und doppelseitig ...... Stück 70 Pf. 1.50

Saison-Ausverkauf
Von Montag, den 20. Juni, bis Sonnabend, den 2. Juli, verkaufe ich bester Maßarbeit gleichwertige
Herrenbekleidung
zu außergewöhnlich niedrigen Preisen
an Private
Herren-Anzüge und Ulster zum Teil aus Reisekollektionen, nur erstklassige Stoffe, gediegene moderne Verarbeitung Mark 400.–, 500.– usw.
Einzelne Beinkleider Mark 125.–, 180.–, 200.–, 250.– usw.
Ein Posten farbige, reinwollene Anzugstoffe für Herren-, Damen- und Knabenkleidung fabelhaft billig, 140 cm breit Mark 45.–, 60.–, 80.– bis 120.– per Meter
Ein Posten Winterulster und Automäntel für die Hälfte des bisherigen Preises
Theodor Reinbold, Berlin C
ENGROS Verkaufszeit 9–6 Uhr EXPORT
Dirksenstr. 23, I. Etage • Dir. a. Bhf. Alexanderpl.

2 Drehbänke
2 Revolverbänke
2 Schraubenbänke
und anderes wegen Umstellung des Betriebes billig abzugeben. Thurau & Co., SO. 26, Dresdener Str. 11.

Händler
Seife, Lichte, Schuhcrem, Streichhölzer
jetzt konkurrenzlos billig!
Nur gut. Qualitätsware
Dietz,
Kl. Frankfurter Str. 13

Schokoladen
25 g, 50 g, 100 g in Tafeln, im Block, für Wiederverkäufer, Händler, Glücksräder, Verlosungen usw. Nur allerbilligst bei
Schneider
Rodenbergstraße 27.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber, Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

Enthaarung!
Gesichtshaare u. alle häßlichen Körperhaare vernichtet sof. schmerzl. u. radikal „Depilator" durch Absterben der Wurzeln allmählich u. für immer. Garant. unschädlich. M. 10.—, verstärkt M. 16.—. Otto Reichel, Berlin 48, 60, Eisenbahnstr. 4

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Oderberger Straße 1
Reinickendorfer Straße 107

Homöopath.
Inst. (1905) Erfolgreich giftfreie Kuren ohne Einspritzungen.
Kries, Bln.-Hohenschönhausen (56 Oberseestr. 41 (Telefon) Ausk. u. Brosch. 60 Pf. Porto.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.50 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Demnächst erscheint! **E. VARGA** Demnächst erscheint!
Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft
Inhalt: Vorwort / I. Die Veränderungen der Weltwirtschaft durch den Krieg / 1. Die Grundtatsachen der Weltwirtschaft vor dem Kriege / 2. Verschiedene Folgen des Weltkrieges auf verschiedene Länder / a) Kriegführende Länder / b) Die neutralen kapitalistischen Länder / c) Die Industrialisierung der Kolonialländer / II. Die Hochkonjunktur nach Kriegsende / III. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise / Wirtschaftskrise und Einkommenverteilung / Die Zerstückelung des Weltmarktes / Die Ausdehnung der Krise und die Arbeitslosigkeit / IV. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft seit Kriegsausbruch / 1. Deutschland und die mitteleuropäischen Staaten / 2. Die Ententeländer / V. Die Arbeitsleistung seit Kriegsbeginn / VI. Konsolidierung oder Verfall des europäischen Kapitalismus / VII. Es gibt keinen Ausweg / VIII. Vom kommenden Weltkrieg
72 Seiten / Preis Mk. 1.50
Zu beziehen durch die
Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley / Hamburg 11